



eine unabhängige Initiative für
Demokratie, Menschenrechte und Klimaschutz

„IMPRESSIONEN“ aus der NÖ Landtagssitzung vom 24.09.2026



#zusammenHaltNÖ is watching you ...

Unter diesem Motto verfolgten auch diesmal wieder Beobachter*innen die Landtagssitzung – wegen des Landtagssaal-Umbaus allerdings per Video-Stream.

Die Sitzungen werden laut Ankündigung der Landtagsdirektion bis Sommer 2027 im Ausweichquartier des Leopoldsaales stattfinden.

Die **#zusammenHaltNÖ**-Beobachter*innen kommen aus allen Teilen Niederösterreichs und vertreten unterschiedliche Vereine und Initiativen.

#zusammenHaltNÖ bemüht sich um Vernetzung, Austausch von Informationen und Erfahrungen, sowie um die Planung gemeinsamer Aktivitäten und Aktionen.

Wir kommentieren in diesen "IMPRESSIONEN" alle in der Abstimmungsübersicht gelb markierten Tagesordnungspunkte/TO-Punkte.

Inhaltsverzeichnis

TO-Punkt 1: Mitteilungen	4
TO-Punkt 3: Aktuelle Stunde der Abgeordneten Mag. Hackl u.a. betreffend Klarheit statt Panikmache: Hochwertige Rettungsversorgung für NÖ bleibt gesichert	6
TO-Punkt 4: Vorlage der Landesregierung betreffend Landesgesetz, mit dem das NÖ Pflanzenschutzmittelgesetz (NÖ PSMG) und das NÖ Grundverkehrsgesetz 2007 (NÖ GVG 2007) geändert werden	17
TO-Punkt 5: Berichte der Landesregierung des Ressorts Landwirtschaft im Jahr 2025 betreffend A: Wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich (Der Grüne Bericht); B: Tätigkeit und Wahrnehmungen der Land- und Forstwirtschaftsinspektion	18
TO-Punkt 6: Bericht der Volksanwaltschaft betreffend präventive Menschenrechtskontrolle 2025 sowie Äußerung der NÖ Landesregierung	23
TO-Punkt 7: Vorlage der Landesregierung betreffend Landeskrankenhaus Waidhofen/Ybbs, Errichtung einer Augenambulanz und Akutgeriatrie inkl. Remobilisation	26
TO-Punkt 8: Antrag der Abgeordneten Mag. Moser, MSc u.a. betreffend verpflichtender Klimaausweis für öffentliche Gebäude in Niederösterreich	28
TO-Punkt 10: Antrag der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber u.a. betreffend Pflicht einer Umweltverträglichkeitsprüfung für Rechenzentren im UVP-G 2000 verankern	31

Landtagssitzung 24. September 2026 – Abstimmungsergebnis

TO	Thema	ÖVP	FPÖ	SPÖ	Grüne	NEOS
4	Vorlage der Landesregierung betreffend Landesgesetz, mit dem das NÖ Pflanzenschutzmittelgesetz (NÖ PSMG) und das NÖ Grundverkehrsgesetz 2007 (NÖ GVG 2007) geändert werden					
5	Kenntnisnahme der Berichte der Landesregierung des Ressorts Landwirtschaft im Jahr 2025 betreffend A: Wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich (Der Grüne Bericht); B: Tätigkeit und Wahrnehmungen der Land- und Forstwirtschaftsinspektion					
6	Bericht der Volksanwaltschaft betreffend präventive Menschenrechtskontrolle 2025 sowie Äußerung der NÖ Landesregierung					
7	Vorlage der Landesregierung betreffend Landesklinikum Waidhofen/Ybbs, Errichtung einer Augenambulanz und Akutgeriatrie inkl. Remobilisation					
8	Antrag der Abgeordneten Mag. Moser, MSc u.a. betreffend verpflichtender Klimaausweis für öffentliche Gebäude in Niederösterreich => Zustimmung zum ablehnenden Ausschussantrag					
9	Vorlage der Landesregierung betreffend Regierungsviertel, Genehmigung Generalsanierung der Primärkonstruktion der Tiefgaragedecke sowie die umweltgerechte Aufwertung des Freiraumes eines Teilabschnittes					
10	Antrag der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber u.a. betreffend Pflicht einer Umweltverträglichkeitsprüfung für Rechenzentren im UVP-G 2000 verankern – Zustimmung zum ablehnenden Ausschussantrag					
11	Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Bedienstetenschutz-Kommission, Tätigkeitsbericht über die Jahre 2024 bis 2025					

TAGESORDNUNGSPUNKTE

TO-Punkt 1: Mitteilungen

- Feststellung der Beschlussfähigkeit
- Mitteilung des [Einlaufs](#) (Hinweise auf Berichte, Anträge, Vorlagen der LR, Anfragen und Anfragebeantwortungen)
- sonstige Mitteilungen
- Redezeit
- **„Herzliche Begrüßung“ der bayerischen AfD-Delegation!!!!**
Medienberichten zufolge hielt die bayerische AfD heuer ihre Fraktionsklausur in Österreich ab und vertiefte dabei ihre Kontakte zu FPÖ-Politiker*innen.

Laut [Presseaussendung der FPNÖ](#) nahm die AfD-Delegation am 24.09.2026 nach einer Führung durch das Landhaus in St. Pölten auch an der Landtagssitzung teil. Sie wurde mit ihrer Fraktionsvorsitzenden Katrin Ebner-Steiner von Landtagspräsident Wilfing/ VPNÖ begrüßt und **„herzlich willkommen“ geheißen** ([Video ab Minute 12:10](#))

Wir finden es bedenklich, dass eine Partei, die als „[rechtsextremistischer Verdachtsfall](#)“ gilt und nach einem [Gerichtsurteil](#) vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz auch weiter beobachtet werden darf, in NÖ hofiert wird und eine Delegation dieser Partei vom höchsten Repräsentanten des NÖ Landtags bei der Landtagssitzung herzlich begrüßt wird.

Unsere Recherche (siehe Linkliste) ergab Berichte über gravierende [Ekklats im Zusammenhang mit Frau Ebner-Steiner](#) im Bayerischen Landtag. Auch ihre [Aschermittwochrede](#) 2024 strotzt vor Hetze, Häre und Diffamierungen, v.a. gegenüber politischen Mitbewerber*innen oder in Deutschland lebenden Migrant*innen und Geflüchteten.

Solche „Gäste“ sollten im NÖ Landtag maximal als Besucher*innen geduldet, aber nicht herzlich empfangen werden.

Diesmal weisen wir besonders auf folgende Anfragen und Anfragebeantwortungen hin:

Anfragen und Anfragebeantwortungen

- ◆ **Anfrage** von Abg. Edith Kollermann/Neos an LRⁱⁿ Christiane Teschl-Hofmeister/ÖVP betr. Hitzeschutz in Niederösterreichs Pflege- und Betreuungseinrichtungen
- ◆ **Beantwortung**
- ◆ **Anfrage** von Abg. Edith Kollermann/Neos an LR Anton Kasser/ÖVP betr. Hitzeschutz in Niederösterreichs Landeskliniken
- ◆ **Beantwortung**
- ◆ **Anfrage** von Abg. Silvia Moser/Grüne an LRⁱⁿ Christiane Teschl-Hofmeister/ÖVP betr. Hitzebelastung in Niederösterreichs Pflegeheimen
- ◆ **Beantwortung**

- ◆ **Anfrage** von Abg. Indra Collini/Neos an LRⁱⁿ Christiane Teschl-Hofmeister/ÖVP betr. Sommer-Ferienbetreuung in Niederösterreich – zwischen Ankündigung und Versorgungsrealität.
- ◆ **Beantwortung** (siehe auch [Beilage](#))

- ◆ **Anfrage** von Abg. Indra Collini/Neos an LHF Johanna Mikl-Leitner/ÖVP betr. Finanzierung und zusätzlicher Einsatz von Lehrpersonal an niederösterreichischen Pflichtschulen
- ◆ **Beantwortung**

- ◆ **Anfrage** von Abg. Edith Kollermann/Neos an LRⁱⁿ Christiane Teschl-Hofmeister/ÖVP betr. Community Nurses in Niederösterreich – Zwischen Pilotprojekt, Versorgungslücke und Zukunftsmodell
- ◆ **Beantwortung**

-
- ◆ **Anfrage** von Abg. Georg Ecker/Grüne an LHF-Stv. Udo Landbauer/FPÖ betr. Verkehrssicherheit für Radfahrende und zu Fuß Gehende in Niederösterreich – Unfallhäufungen, Maßnahmen und Vergleich mit Best-Practice-Ländern
- ◆ **Beantwortung** (siehe auch [Beilagen](#))

- ◆ **Anfrage** von Abg. Georg Ecker/Grüne an LRⁱⁿ Christiane Teschl-Hofmeister/ÖVP betr. Finanzierung der Nachmittagsbetreuung für private Schulen in Niederösterreich
- ◆ **Beantwortung**

- ◆ **Anfrage** von Abg. Doris Hahn/SPÖ an LHF Johanna Mikl-Leitner/ÖVP betr. Unterschiedliche Kostenbelastung beim Glasfaserausbau in Niederösterreich und die Rolle der NÖIG
- ◆ **Beantwortung** (siehe auch [Beilagen](#))

- ◆ **Anfrage** von Abg. Christoph Müller/Neos an LHF-Stv. Udo Landbauer/FPÖ betr. Radverkehrsausbau und Umsetzung des niederösterreichischen Radbasisnetzes
- ◆ **Beantwortung**

- ◆ **Anfrage** von Abg. Silvia Moser/Grüne an an LRⁱⁿ Christiane Teschl-Hofmeister/ÖVP betr. wie viele Pflegelehrlinge gibt es in Niederösterreich?
- ◆ **Beantwortung**

- ◆ **Anfrage** von Abg. Indra Collini betr. 180 Maßnahmen angekündigt – 40 beschlossen: Wo bleiben Zweck, Wirkung und Nutzen?
- ◆ **Beantwortung**

TO-Punkt 3: Aktuelle Stunde der Abgeordneten Mag. Hackl u.a. betreffend Klarheit statt Panikmache: Hochwertige Rettungsversorgung für NÖ bleibt gesichert



Nach Willkommenswünschen im Namen des gesamten Landtags für den genesenen *Landtagspräsidenten Karl Wilfing/ÖVP*, geht **VP-Klubobmann Abg. Kurt Hackl** auf das Thema der aktuellen Stunde ein. Er hält fest, dass der Gesundheitsplan 2040+ einstimmig in der Landesregierung und mehrheitlich im Landtag mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und Neos beschlossen wurde. Ein zentraler Bestandteil dieses Beschlusses sei, dass bestehende Strukturen erst dann ersetzt würden, wenn neue vollständig umgesetzt seien. Dieser zentrale Satz gelte auch für die Rettungsversorgung. *KO Hackl* meint, es sollte jetzt eigentlich an die Umsetzung gehen, doch *Landesrat Hergovich* glaube klüger zu sein, als alle Gesundheitsfachleute, die den Gesundheitsplan empfohlen hätten. Und er fügt an: „*Aber heute werden wir die Fakten auf den Tisch legen und dieses traurige, politische Sommerkabarett des SPÖ-Parteivorsitzenden beenden*“.

Die Gesundheitsversorgung in NÖ werde auf Basis der Empfehlungen von 50 Fachleuten zukunftsfit aufgestellt. Es sei klar, dass Veränderungen zu Verunsicherung führten, aber die Entscheidungen im Gesundheitsplan 2040+ seien alternativlos. Und er sei stolz, dass die-

ser Plan nach über einem Jahr Vorbereitung mit solch einer breiten Mehrheit am 27.03.2025 beschlossen wurde. Dies sei ein Beweis, dass Politik auch anders sein könne - nicht kleinkariert und parteipolitisch, nicht mit

gegenseitigen Blockaden, sondern dass das zentrale Thema „Gesundheit“ sachlich und lösungsorientiert in den Mittelpunkt gestellt worden sei. Niederösterreich sei das einzige Bundesland, das dies geschafft habe. Der Fahrplan sei durch den Beschluss klar, aber vieles im Gesundheitsplan sei noch nicht in der Bevölkerung angekommen. Deshalb seien mehr Information und

Kommunikation wichtig und notwendig und alle könnten dazu einen positiven Beitrag leisten. Es müssten emotionslos die Ergebnisse des Gesundheitsplans betrachtet werden und dann sei klar, dass der Gesundheitsplan nicht das Problem, sondern die Lösung für die Gesundheitspolitik in NÖ sei. Dies gelte auch für die Rettungsversorgung.

Und dann kritisiert der VP-Klubobmann „*einen Politiker*“, gemeint *LR Hergovich*, den der Mut verlassen habe, der sich aus Angst vor seinem Parteitag vom Kurs des Landtages verabschiedet habe. Aus Angst, abgewählt zu werden oder vor einem möglichen Jobverlust, habe er den Beschlüssen seiner eigenen Fraktion den Rücken gekehrt, habe begonnen, seine selbst mitgetragenen Beschlüsse zu verleugnen, seine eigene Fraktion bzw. die dafür zuständige Landesrätin unter Druck zu setzen und „*sich in ein Meer von Unwahrheiten begeben*“.

KO Hackl fügt hinzu, das werde seine Fraktion nicht zulassen, denn das sei unehrlich gegenüber den nö. Landsleuten und dem nö. Landtag. Die Wahrheit sei dokumentiert und nachlesbar. *Sven Hergovich* habe alle Beschlüsse

mitverhandelt, mitgetragen und auch mitgeschlossen.

Er geht dann auf die kürzliche Tagung des Gesundheitsausschusses ein, bei dem es einen Austausch mit den Präsidenten von Rotem Kreuz und Samariterbund gab. Beide versicherten, bis zum 1. April 2027 würden alle notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um die im Gesundheitsplan vorgesehenen Strukturen für diese dringend notwendige Reform sicher und gut umzusetzen. Es sei daher befremdlich, wenn *Sven Hergovich* weiter auf seinen „alternativen Fakten“ beharre.

KO Hackl weist danach noch auf einen weiteren Vorfall im Gesundheitsausschuss hin: die SPÖ habe kurzfristig – vermutlich auf Wunsch ihres Parteibosses – zusätzlich zu den Rettungsorganisationen einen pensionierten Notarzt nominiert, der Behauptungen aufstellte, „die nur Unterstellungen waren, ohne einen Funken Wahrheitsgehalt“. Die Ausschuss-Vorsitzende, *Abg. Karin Scheele/SPÖ*, habe ihn zurechtgewiesen und klargestellt, sie lasse dies unter ihrer Sitzungsführung nicht zu. Wenige Tage nach dem Gesundheitsausschuss sei die Ausschussvorsitzende von ihrer eigenen Fraktion als Gesundheitssprecherin abgesetzt und als Ausschussvorsitzende „abmontiert“ worden. *Karin Scheele* sei fünf Jahre lang Gesundheitslandesrätin und acht Jahre Vorsitzende des Gesundheitsausschusses gewesen. Und der Abgeordnete spricht für seine Fraktion und sagt, sie sei „eine hochangesehene Persönlichkeit, weit über die Parteigrenzen hinweg und unbestritten kennt sie sich in diesem Bereich aus“.

Abschließend meint *KO Hackl*, wer nicht auf der Linie des Parteivorsitzenden und seiner alternativen Fakten ist, der werde einfach „abgesagt“, ausgetauscht und auf die Ersatzbank verbannt.

Der neue Klubobmann *René Zonschits/SP* spreche viel von Brückenbauen, von Gemeinsamkeit und guter Arbeit für NÖ. Beim Sachthema Gesundheit, wo es nicht um Ideologie gehe, könne man zeigen, was wichtig sei: die Empfehlungen der Fachleute, der breite Beschluss des Landtages inklusive der SP-Frakti-

on, oder die Angst eines Parteivorsitzenden und die Flucht in alternative Fakten.

Niemand behaupte, ein Notarzt könne durch etwas anderes ersetzt werden. Er werde natürlich auch in Zukunft zum Einsatz kommen und hoffentlich auch viele Leben retten. Aber genau deshalb sei das neue und abgestufte System so dringend notwendig, damit auch in Zukunft Notärzt*innen dort eingesetzt werden können, wo sie dringend gebraucht werden. Die Menschen in NÖ müssten auch in Zukunft die beste medizinische Versorgung zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort von einer qualifizierten Person bekommen. Und der Abgeordnete schließt mit Dank an alle Rettungssanitäter*innen und Notärzt*innen für deren hervorragende Arbeit für die Menschen in NÖ.

Nach einem Willkommengruß an *LT-Präsident Wilfing/VP* beschreibt **Abg. Edith Kollermann/Neos** ihre Erfahrungen, als sie an einem Sommertag die Gelegenheit bekam, mit einem Rettungswagen mitfahren und sich die Realität vor Ort ansehen konnte. Bei jedem Einsatz musste klar sein: „Was ist passiert, welche Hilfe wird gebraucht und wer muss dorthin fahren?“. Genau darum gehe es auch in der Debatte im Landtag zum Rettungswesen und der notärztlichen Versorgung. Die entscheidende Frage könne nicht sein, wie viele Notarztstützpunkte es auf der Landkarte gebe, sondern ob man im medizinischen Notfall schnell die richtige Hilfe bekomme und ob die notwendige Qualifikation vorhanden sei. Ihre Fraktion habe dem Gesundheitsplan zugestimmt und stünde auch dazu, weil sie überzeugt seien, dass ein Weiter wie bisher keine verantwortungsvolle Gesundheitspolitik mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen im Gesundheitswesen sei. Die Bevölkerung werde älter, der medizinische Bedarf steige dadurch automatisch und Personal fehle. Unter diese Voraussetzungen könne nicht davon ausgegangen werden, dass jede bestehende Struktur auf alle Zeiten beibehalten werden könne. Das Gesundheitssystem müsse so organisiert werden, dass die Menschen auch noch in zehn, zwanzig oder dreißig Jahren gut versorgt werden können. Dazu müsse auch darüber gere-

det werden, wo ärztliche Expertise benötigt werde und wo hochqualifizierte Notfallsanitäter*innen die Versorgung übernehmen können. Ab April 2027 solle es 21 anstelle von 32 Notarzteinsatzfahrzeugstützpunkten geben – elf NEF-Stützpunkte würden wegfallen. *Abg. Kollermann* fügt jedoch hinzu, die SPÖ vergesse, dass an den elf Standorten die Rettung mit hochqualifizierten Notfallsanitäter*innen ausgebaut werden solle. Bis 2030 würden noch zahlreiche zusätzliche Standorte hinzukommen. Die notärztliche Versorgung würde nicht aus dem System verschwinden, aber die Notärzt*innen würden gezielter dort eingesetzt, wo ihre medizinischen Kompetenzen tatsächlich gebraucht werden.

Von den - laut Notruf NÖ-Seite- rund 383.000 Rettungseinsätzen im Jahr 2025 gebe es rund 11 %, wo auch ein Notarzt angefordert wurde. Die Abgeordnete meint dann, sie verstehe alle Menschen, die auf Grund dieser Neuaufstellung Fragen haben und auch Sorgen seien verständlich. Aber die Politik sei dazu da, diese Fragen zu beantworten und die Sorgen zu nehmen und nicht die Angst vor der Veränderung noch größer zu machen.

Entscheidend sei, dass die neue Rettungsstruktur funktioniere, bevor bestehende Strukturen verändert werden. Das sei aber Teil des Gesundheitsplans und wurde auch so vereinbart.

Dass diese Umstellung funktionieren werde, hätten die Vertreter der beiden Rettungsorganisationen – Rotes Kreuz und Arbeiter-Samariter-Bund in Verbindung mit Notruf NÖ - im Ausschuss bestätigt. Sie wüssten besser über ihren Job Bescheid als die SPÖ. Den hochengagierten Hauptberuflichen und Freiwilligen sei es die Politik schuldig, dass über die Zukunft des Rettungswesens nicht mit Schlagworten diskutiert werde, sondern mit Fakten, Vernunft und dem gemeinsamen Ziel, die Versorgung der Menschen langfristig abzusichern.

Und dann wendet sich *Abg. Kollermann* den „Kollegen der Sozialdemokratie“ zu. Deren Fraktion habe dem Gesundheitsplan zugestimmt. Die Zuständige für das Rettungswesen sei die SPÖ-Landesrätin. Die Liste mit den elf

Standorten habe sie selbst präsentiert und jetzt heiße es den ganzen Sommer hindurch vom Landesparteichef, eine Schließung könne nicht kommen. Wer in St. Pölten unterschreibt und in den Regionen dann etwas anderes vertritt, habe nicht Verantwortung übernommen, sondern diese ausgelagert. Das sei Opposition aus der Regierungsrolle heraus, mit einem intakten Arbeitsverhältnis nicht vereinbar und „*Bewirtschaftung von Angst*“. Wenn tatsächlich Voraussetzungen fehlen, möge man im Landtag die Details bekanntgeben, aber aufhören, Schlagzeilen zu produzieren.

In dieses Bild passe auch, dass mit *Karin Scheele/SP* eine erfahrene Gesundheitssprecherin abgelöst werden solle. Das sei natürlich Angelegenheit der SPNÖ, aber sie als Kollegin bedauere es sehr, dass auf deren Expertise und darauf, dass sie sich als Gesundheitssprecherin öffentlich zu Wort melden könne, verzichte. Und *Abg. Kollermann* dankt ihrer SP-Kollegin für ihre fachkundige und neutral-objektive Ausschussführung.

Dann wendet sich die Abgeordnete drei „*Stolpersteinen*“ zu:

Punkt 1 – der Start: die Herausforderung werde sein, ab April Sanitäter*innen mit der entsprechenden Zusatzausbildung verfügbar zu haben – auch nachts, auch am Wochenende, auch im Waldviertel und nicht nur in Baden. Und dass auch das Handynet in Gebieten, wo dies nur sehr bescheiden funktioniert, für den Kontakt mit den Telenotfallärzt*innen zur Verfügung steht.

Punkt 2 - Ehrlichkeit gegenüber den Menschen: in manchen Regionen werde es zukünftig länger dauern, bis benötigte Notärzt*innen eintreffen können. Wer das nicht benenne, werde das Vertrauen verlieren, sobald ein Einsatz einmal länger dauere. Es gehe darum, das richtige Einsatzmittel zum richtigen Zeitpunkt zu schicken und das sei keine Verschlechterung.

Punkt 3 – Geld: die SPÖ behaupte, das Budget für das Rettungswesen werde bis 2028 mehr als zwei Drittel gekürzt. Die ÖVP sage, beim Rettungswesen werde selbst nicht gespart und

diese Aussagen gehören auch aufgeklärt – mit echten Zahlen und nicht mit Zwischenrufen.

Und **Abg. Kollermann** bekräftigt, dass ihre Fraktion diese Reform wolle, weil sie fachlich richtig sei und nicht, weil sie billig ist. Aber ein Land, das für 2027 knapp 600 Mio. € Defizit budgetiert hat – und Neos hätten diesem Budget aus gutem Grund nicht zugestimmt – dürfe sich keine Reform leisten, die teurer werde und weniger bringe. Entschlossenheit heiße für sie umsetzen, Budgetdisziplin heiße, nachweisen, wohin jeder Euro geht.

Sie habe vier Vorschläge, zu denen sie einlade: Erstens - ein öffentliches Monitoring: *„Wie oft muss zusätzlich zum Rettungswagen ein zusätzlicher Notarzt nachgefordert werden und wie schnell ist die Hilfe da? Diese Daten gehören dann regelmäßig in den Landtag und nicht in die Schublade“*.

Zweitens - ein Bereitschafts-Check vor dem Start:

„Im Jänner berichtet die Landesregierung, welcher Standort tatsächlich rund um die Uhr besetzt ist. Termine halten ist wichtig, wenn es aber wo nachweislich nicht reicht, dann muss man das auch offen ausschildern und dann wird man eine Übergangslösung finden“.

Drittens – Sicherheit vor Ort stärken: *„In den Gemeinden gehören Erste Hilfe-Kurse, Ersthelfer-Netzwerke, Defibrilatoren und die Bedienung derselben ausgebaut. Die ersten Minuten sind entscheidend, ganz egal, ob der Notarzt unterwegs ist oder nicht“*.

Viertens – das Sanitätergesetz, das schon seit Langem novelliert werden sollte: Die Vertreter der Rettungsorganisationen hätten im Ausschuss bestätigt, dass eine Novelle dieses Gesetzes keine Voraussetzung für die Umstellung sei. Es sei aber grundsätzlich wichtig, dieses Sanitätergesetz auf Schiene zu bringen. Hier könnte NÖ Druck machen, weil Berufsbild, Ausbildung und die Schaffung von Rechtssicherheit für jene wichtig seien, die in Zukunft mehr Verantwortung übernehmen müssen.

Und **Abg. Kollermann** schließt mit den Worten, ihre Fraktion stehe zum Gesundheitsplan, auch zum Termin 1. April 2027, basierend auf den Aussagen der Fachleute. Neos würden

hinschauen, nicht schönreden, aber auch nicht in Panik verfallen.

Abg. Helga Krismer/Grüne freut sich zu Beginn ihrer Rede über die ÖVP, die erkannt habe, dass diese Gesundheitspolitik in NÖ Panikmache sei und es Klarheit brauche. Dieses Chaos sei aber in der Landesregierung zusammen mit Blau und Rot verursacht worden. Sie sei schon mehrere Monate auf ihrer „Gesundheitstour“ unterwegs und habe sehr viele Gespräche mit Menschen geführt, die sich über zu lange Wartezeiten für Facharzttermine oder verschobene OPs beklagten. Und deren zusätzliche Sorge sei der zukünftige Wegfall ihres Notfallstützpunktes. Sie sei überzeugt, dass man mit Angstmache nur den politischen Boden für andere Parteien aufbereite. Durch die Diskussionen des Gesundheitsplans habe sich das gefühlte Unbehagen potenziert. Ein Regierungsmitglied, das mit Zustimmung seines Klubs dieses Chaos mitverursacht habe, nämlich **Sven Hergovich**, versuche jetzt sich davonzuschleichen. Man könne sich irren und Dinge anders sehen, aber Glaubwürdigkeit in der Politik sei harte Arbeit.

Die Abgeordnete ruft dann **Sven Hergovich** dazu auf, falls er das ernst meine und das alles nicht mehr mittragen könne, möge er mit seinen Regierungsmitgliedern die Seite wechseln und sich den Grünen anschließen. Wenn er dies aber nicht tue und nicht glaube, einen Fehler gemacht zu haben, dann verstehe sie die Regierung aus Schwarz-Blau und das derzeit gültige System der Proporzregierung sollte hinterfragt werden. Die Menschen in NÖ bräuchten Klarheit und müssten wissen, ob eine Partei regiere oder in Opposition sei.

Auch bei anderen Themen wie Bildung würden Veränderungen nicht immer als Verbesserungen erkannt werden. Für ihre Fraktion sei wichtig, dass das Leben für die Menschen leichter und fairer werde und dass die Gesundheitsversorgung besser werde.

Und **Abg. Krismer** appelliert an die ÖVP, nicht nur im Landtag, sondern auch draußen mit den Menschen klärende Gespräche zu führen. Angesichts z.B. der starken Verzögerung des Baubeginns der neuen Klinik in Wiener Neu-

stadt hätten die Menschen zunehmend Zweifel, ob die angekündigten Veränderungen des Gesundheitsplans 2040+ überhaupt realistisch seien. Und die Abgeordnete prophezeit, falls die ÖVP hinsichtlich „Gesundheitschaos“ dies nicht in den nächsten Monaten tue, dann sei das ein Weitertun ins Blaue hinein, anstatt ins Schwarze zu treffen.

Nach Begrüßung des Präsidenten beginnt **Abg. Rainer Spenger/SP** mit den von ihm vermuteten Übereinstimmungen aller Fraktionen: es gehe allen um eine zeitgemäße Weiterentwicklung des Gesundheits- und Rettungswesens in NÖ, um die beste medizinische Versorgung für die nö. Landsleute und um Bedachtnahme auf die finanzielle Lage von Niederösterreich. Es sei aber klar, dass die notärztliche Versorgung nicht zu einem Sparposten im Budget verkommen dürfe. Sicherheit gehe hier eindeutig vor Strukturreform. Und schließlich gehe es auch noch um die bestmögliche Unterstützung der Freiwilligen beim Roten Kreuz und Samariterbund, die herausragende Arbeit für die Gesellschaft leisten und nicht allein gelassen werden dürfen.

Auch er betont, dass einzelne dieser Maßnahmen erst dann umgesetzt werden sollten, wenn gleichwertiger Ersatz vorhanden sei. Das gelte in der Frage der Notärzt*innen genauso wie in der Frage der Spitalsschließungen.

Der Abgeordnete geht dann auf die Ausschusssitzung mit den Experten ein und meint, für ihn seien dort nicht alle Fragen geklärt worden. So würden angeblich bis Anfang April 2027 nur an 26 Stand-orten Notfallsanitäter mit der Zusatzqualifikation „NKV/Notfallsanitäter*innen mit Kompetenz für Venenzugang und Infusion“ vorhanden sein. Was bedeute das für die Versorgung? Wer übernehme die politische und rechtliche Verantwortung? Und **Abg. Spenger** zitiert den *Präsidenten des Arbeiter-Samariter-Bundes Hannes Sauer*. Er habe am 19. Juni 2026 auf die Frage, ob die Erstversorgung nach dem 1. April 2027 dieselbe Qualität haben werde wie derzeit, im ORF gesagt ([Link zu ORF NÖ Beitrag](#)): „Ja, auf jeden Fall. Es wird nur anders. Wir als Rettungsorganisationen haben nie von uns be-

hauptet, dass wir Notärzte ersetzen können. Was wir versprechen können, ist, dass wir die Primärversorgung der Patient*innen im Rettungseinsatz mit dieser Ausbildung und der technischen Ausstattung gewährleisten können“.

Die Frage stelle sich, ob neben der ausreichenden Anzahl von NKV-Sanitäter*innen und anderen flankierenden Maßnahmen der Wegfall der Notarztstützpunkte kompensiert werden könne. Die SPNÖ sei sehr skeptisch.

#zusammenhaltNÖ stellt fest: *Abg. Spenger wird immer wieder von KO Hackl oder Abg. Zauner durch Zwischenrufe unterbrochen, ohne dass LT-Präsident Wilfing einen Anlass für einen Ordnungsruf sieht. Und anstatt Abg. Spenger zuzuhören oder den Saal zu verlassen, veranstaltete LHF Mikl-Leitner einen Fototermin mit LT-Präsident Wilfing bei laufender Sitzung (siehe [Video Minute 05:06/Anm.#zH](#)). Wir finden, dies ist ein Affront dem Redner gegenüber und zeugt von mangelndem Respekt.*

Abg. Spenger äußert sich deutlich, dass die Verantwortung nicht die Rettungsorganisationen tragen könnten, sondern die politische Verantwortung beim Land NÖ liege, insbesondere bei *Landesrätin Eva Prischl/SP*, die zur Sicherstellung dieser Rettungsdienste verpflichtet sei und dies mit Kompetenz und Umsicht mache. Und der Abgeordnete dankt ihr auch dafür.

Ein weiterer Punkt, der im Gesundheitsausschuss ungeklärt geblieben sei, sei aber noch viel wichtiger. Er betreffe die Kompetenz- und Versorgungslücken zwischen Notarzt/ärztinnen und Notfallsanitäter*innen. Ob diese durch Telemedizin geschlossen werden können, sei sehr zu hinterfragen. Die wirkliche Frage sei nämlich nicht, wie schnell der [RTW/Rettungswagen](#) sei, sondern was er tun könne, wenn er eintrifft. Es gehe hier um diagnostische Fallstricke, um therapeutische Kompetenzgrenzen, es gehe um die Problematik von Risikokollektiven, wie ältere Menschen oder demente Patient*innen und es gehe um die Grenzen des Telenotarztkonzepts.

Er erwähnt auch das Argument, es gebe zu wenige Notarzt*innen. Aber wer würde das Land NÖ daran hindern, dies zu beheben,

Maßnahmen zu setzen? (und endlich – Video ab Minute 06:56 - unterbricht Präsident Wilfing und ruft die ständig hinausschreienden Mandatäre v.a. aus der ÖVP-Ecke zur Ordnung auf/Anm.#zH).

Abg. Spenger fügt hinzu, man könne eine finanzielle Aufwertung machen, man könne Ausbildungsanreize geben, man könne Journalsysteme machen wie in Oberösterreich oder bessere regionale Bindung. Und der Abgeordnete fragt - der Logik der VP-Abgeordneten folgend -, ob man auch Schulen schließen müsse, weil es zu wenige Lehrer*innen gebe. Das würde den Mangel nicht beseitigen, sondern nur institutionalisieren. Die Schließung eines Notarztstützpunktes sei de facto nicht mehr zurückzunehmen. Da gebe es internationale Studien.

Deshalb wolle er einige Dinge festhalten, und in Richtung VP-KO Hackl meint er, dies seien keine alternative Fakten, sondern die Realität: Erstens: „Der Wegfall der ärztlichen Notfallkompetenz an der Spitze der Rettungskette stellt eine Verschlechterung der Notfallversorgung dar für die Bevölkerung - an den jeweiligen Standorten, aber auch dort, wo Notärzt*innen verbleiben“.

Zweitens: „Es ist zum jetzigen Zeitpunkt unklar, ob die vorgesehenen Einsatzmöglichkeiten wie Hubschrauber, Höherqualifizierung der Notfallsanitäter etc. den Wegfall der Notärzte adäquat ersetzen können“. Deshalb wäre für ihn zu klären, inwieweit die Schließung der Notarztstützpunkte mit einem Inkaufnehmen von Opfern einhergehe. Und der Abgeordnete nennt Herzinfarkte, Schlaganfälle oder schwere Unfälle.

Schließlich geht Abg. Spenger auf die politische Komponente ein und beginnt mit der ÖVP. Sie habe seit 1945 den Landeshauptmann gestellt, war die längste Zeit mit absoluten Mehrheiten ausgestattet und damit für den Zustand des Gesundheitssystems verantwortlich. Das betreffe sowohl positive Aspekte, aber auch Schwächen und Unzulänglichkeiten. Und dafür müsse die Partei geradestehen. Man könne nicht nur Verantwortung übernehmen, wenn die Sonne scheint und bei

Wind und Wetter Koll. Prischl und Koll. Hergovich schuldig werden zu lassen. Aber die Niederösterreicher*innen würden wissen, wer im Land das Sagen habe. Und zu KO Hackl gewandt meint Abg. Spenger: „Mach dir bitte keine Sorgen um Sven Hergovich. Der wird noch länger in der Landesregierung sitzen und die Finger in die Wunden legen als dir recht ist“.

An die FPÖ gewandt zitiert der SP-Abgeordnete FP-KO Teufel mit einem wörtlichen Zitat: „Es ist unsere Aufgabe als gewählte Volksvertreter, die Sorgen und Anliegen der Niederösterreicher*innen ernst zu nehmen. Genau deshalb hören wir den Praktikern zu und entscheiden auf Grundlage von Fakten. Parteitaktik und das bewusste Schüren von Ängsten helfen keinem einzigen Patienten. Entscheidend ist, dass am Ende des Tages die Versorgung funktioniert. Die Rettungsorganisationen haben klar aufgezeigt, dass sie ihren Teil dazu beitragen, notwendige Strukturen zeitgerecht bereitstellen etc. Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt für eine sichere und zukunftsfähige Gesundheitsversorgung in NÖ gesetzt“. Und Abg. Spenger fügt hinzu, dass solche Aussagen direkt nach dem Gesundheitsausschuss, an dem KO Teufel gar nicht persönlich teilgenommen habe, interessant seien. Er erinnert die FPÖ, dass sie hier nicht die unbeteiligten Kommentatoren seien, sondern dass sie dieses Land regieren. Und sie sollten daher auch den Menschen klar sagen, dass die FPÖ zur Schließung der Notarztstützpunkte stehe.

Abschließend wendet sich Abg. Spenger noch den Grünen mit Klubobfrau Krismer zu und meint, bei ihnen kenne er sich nicht aus. Sie würden nach außen die Meinung wie seine Partei vertreten und sich gleichzeitig auf die SPÖ einschließen. Er erinnert die Grünen dann, dass sie im Frühjahr einen Antrag zur Sicherung der notärztlichen Versorgung eingebracht hätten, der besage, keine Reduktion der notärztlichen Versorgung ohne adäquaten Ersatz. Im Ausschuss sei die Ablehnung empfohlen worden, im Landtag wurde abgestimmt und die SPNÖ hätte damals mit den Grünen mitgestimmt und deren Forderung unterstützt.

(wieder laute Zwischenrufe, sodass **Präsident Wilfing** schließlich wieder die Rede unterbricht und in etwas forschendem Ton um mehr Disziplin ersucht/Anm.#zH)

Seine Fraktion habe dann etwas später einen Abänderungsantrag eingebracht, der gleichlautend zum Grünen Antrag war und die Grünen hätten diesen nicht unterstützt. Das sei für ihn nicht nachvollziehbar. Für ihn sei klar, dass einzig die SPÖ gegen die übereilte Schließung der Notarztstützpunkte sei. Nach dem Motto „*Speed kills*“ sei es notwendig, zuerst Ersatz zu schaffen, durchgehende Versorgung zu garantieren und am Ende des Prozesses – nicht am Beginn – neue Strukturen umzusetzen.

Man rede vom Gesundheitsplan 2040+ und nicht vom Gesundheitsplan 2027+. Daher solle man auf die Pausetaste drücken und auch den Rettungsorganisationen genügend Zeit geben, um alles aufzubauen. Man würde sich nichts vergeben. Daher sei auch der Titel der aktuellen Stunde nicht passend. Es geht nicht um Panikmache, nicht um Ideologie, es gehe um das Einhalten einer grundlegenden Maxime des Gesundheitspakts und der Abgeordnete zitiert eine ehemalige Tennislegende, Horst Skoff, der in einem Stadion in Südamerika einmal ausgepiffen wurde und dem Publikum entgegenhielt: „*The more you whistle, the better I'll play*“. Und so werde das auch seine Fraktion halten und nichts und niemand werde die SPNÖ als Partei der Mitte von ihrem Weg abbringen, den sie für richtig hielte. Im Gegenteil, das würde sie sogar noch bestärken, weiter auf der Seite der Bürger*innen zu stehen.

Abschließend bedankt er sich in aller Form – allen voran bei *Sven Hergovich* - für dessen Haltung, bei *Landesrätin Eva Prischl*, die herausragende Arbeit leiste und eine gehörige Portion Umsicht zeige. Er bedankt sich auch bei seiner Vorgängerin als Gesundheitssprecherin, *Karin Scheele*, und er sei froh, dass sie auch weiterhin im Gesundheitsausschuss tätig sein werde. Er dankt dem medizinischen Personal in den Krankenhäusern und Notarztstützpunkten (und wieder wird *Abg. Spenger* auf rüde Weise von Geschrei unterbrochen/

Anm.#zH), den Hauptamtlichen der Rettungsorganisationen, dem Notruf NÖ-Team und den vielen Freiwilligen, die Tag und Nacht die Rettungskette sichern. Und der Abgeordnete ruft dazu auf, gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten, die allen helfe.

Abg. Richard Punz/FP bemerkt zu Beginn seines Redebeitrags, es gehe nicht um Parteitaktik, Schlagzeilen oder wer die größte Verunsicherung erzeugen könne. Es gehe um die einfache Frage, wie sicherzustellen sei, dass die Niederösterreicher*innen auch in Zukunft im Notfall rasch, professionell und mit hoher Qualität versorgt würden. Dafür sei der Gesundheitsplan 2040+ geschaffen worden, weil man wisse, dass sich die Rahmenbedingungen in Zukunft verändern würden. Darauf wolle man bestens vorbereitet sein, weil das medizinische Personal nicht unbegrenzt zur Verfügung stehe und weil sich die moderne Notfallmedizin auch weiterentwickle. Die medizinischen Kräfte müssten dort eingesetzt werden, wo sie am meisten gebraucht würden.

Der Gesundheitsplan verfolge dabei ein klares Ziel: die Versorgungssicherheit in den Regionen, die hohe Qualität und die funktionierende Rettungskette. Die Neustrukturierung der Notarztstützpunkte sei ein ganz zentraler Punkt dieses Gesundheitsplans. Die künftige Struktur werde durch die zusätzlichen [RTW-C-Stützpunkte](#) ergänzt. Weitere Maßnahmen seien die speziell ausgebildeten Notfallsanitäter*innen, [First Responder](#), Flugrettung, Telemedizin u.a. Und in Richtung *Abg. Spenger/SP* meint er, entscheidend sei, dass nicht der Sparstift angesetzt werde, wie dies von der SPÖ oft zu hören sei. Es werde nichts weggenommen, sondern die Struktur werde verändert. Es lohne sich daher, nicht nur auf die Politiker*innen hinzuhören, sondern auf jene Menschen und Organisationen, die diese Versorgung sicherstellen. Das Rote Kreuz NÖ habe ausdrücklich festgehalten, dass die beauftragten Strukturänderungen im vorgesehenen Zeitrahmen umgesetzt werden könnten. Das Rote Kreuz habe sich schon lange darauf vorbereitet und könne durch höherqualifizierte Notfallsanitäter*innen den Einsatz von Notärz-

ten reduzieren. Dies erfolge ohne Qualitätsverlust für die Patient*innen. Das widerspreche übrigens auch nicht dem Samariterbund, der ebenfalls meinte, dies wäre zu schaffen.

Auch für seine Fraktion sei klar, dass ein Notfallsanitäter den Notarzt nicht komplett ersetze. Wo ein Notarzt dringend benötigt wird, sei er selbstverständlich ein Teil der Versorgungskette.

Man könne schon hinterfragen, warum man zuerst am Gesundheitsplan mitarbeite, ihn mitbeschleße und sich dann mit verschiedensten Argumenten gegen zentrale Teile der Umsetzung wehre.

Verantwortung bedeute nicht nur, einen Plan zu beschließen und zu präsentieren, sondern auch zu den notwendigen Umsetzungsschritten zu stehen. Es mache nicht den besten Eindruck, wenn man auf Tour gehe, den Teufel an die Wand male und vom Spartopf im Gesundheitswesen spreche, obwohl nachweislich die Hälfte des Landesbudgets für Gesundheit, Soziales und Pflege aufgewendet werde. Und er streift kurz das Klinikum Waidhofen/Ybbs, wo der Gesundheitsplan umgesetzt werde und Millionen in das Klinikum und die Strukturänderungen investiert würden.

Das Bild, das sich ergebe, wenn die Landesrätin, die mitgearbeitet und vieles ausverhandelt habe, „weggelobt“ werde (**ehemalige SP-Landesrätin Königsberger-Ludwig/Anm.#zH**), wenn die Nachfolgerin abgestellt werde (**SP-Abg. Karin Scheele/Anm.#zH**), der nichtzuständige Landesrat (**Sven Hergovich/Anm.#zH**) dann auf Tour gehe und vom Spartopf spreche, sei aussagekräftig. Und auch *Abg. Punz* dankt *Abg. Scheele*, mit der er oft nicht einer Meinung gewesen sei, auch im Namen seiner Fraktion für ihre professionelle Ausschussführung, ihre fachliche Kompetenz, für ihren Einsatz und ihr Herzblut für das Gesundheitsthema. Dass diese Kollegin von ihrem Amt entfernt wurde, zeige, dass es *LR Hergovich* nicht um die beste Gesundheitsversorgung gehe, sondern um Macht auch in der eigenen Partei, zur Not auch mit einem Kniefall vor den Populisten in den eigenen Reihen. Somit sei alles zu diesem Thema gesagt.

Natürlich müsse die Ausbildung, müssten die Fahrzeuge, die Standorte und die Abläufe funktionieren. Aber es sei ein Unterschied, ob man sich konstruktiv einbringe, oder ob man bei den Menschen den Eindruck vermittele, dass u.U. im Notfall niemand mehr komme.

Die Rettungsorganisationen sagten, sie würden sich darauf vorbereiten und hätten das bereits getan. Sie hätten die Ausbildung schon früh begonnen, sie verfügten über die technische Grundlage, und sie könnten diese Reform umsetzen. Dass das System funktioniere, sollte man den Landsleuten vermitteln. Die Gesundheitspolitik brauche Verlässlichkeit und Planung über Legislaturperioden hinaus. Es müsse langfristig gedacht, geplant und gehandelt werden. Es brauche den Mut, Strukturen anzupassen, wenn die Medizin, das Personal und die Anforderungen sich verändern. Und der Abgeordnete wiederholt seine anfangs geäußerten Forderungen, dass es nicht wichtig sei, wo das Schild „Notarzt“ hänge, sondern wie schnell professionelle Hilfe vor Ort sei, wie qualifiziert das Team sei, welche medizinischen Möglichkeiten verfügbar seien und wie rasch bei einem bestimmten Krankheitsbild ein Notarzt hinzukomme, wenn er gebraucht werde. Daran müsse sich der Gesundheitsplan messen lassen und diese Qualitätsstandards müssten auch in Zukunft verfügbar sein. Den Landsleuten müsse vermittelt werden, was die Rettungsorganisationen zugesagt hätten.

Daher sei keine Panik oder Parteitaktik angebracht, sondern Konzentration auf eine moderne Rettungsversorgung, die im Ernstfall funktioniere – für alle Niederösterreicher*innen in jeder Region.

Bei einer neuerlichen Wortmeldung greift **Klubobfrau Helga Krismer/Grüne** die Sozialdemokratie an, die den Gesundheitsplan gelesen, aber – ebenso wie den Voranschlag – nicht verstanden habe. Und so sei es den Grünen mit dem SP-Antrag vom 28.05.2026 ergangen. Ihre Fraktion habe diesen Antrag ganz genau gelesen. Im Punkt 1 stehe: „*Die nö. Landesregierung wird aufgefordert [...], alle Beschlüsse und Zielsetzungen des Gesundheitsplans NÖ konsequent einzuhalten*“. Solche

Anträge habe die SPNÖ noch im Mai 2026 eingebracht. Man solle zuerst lesen, sich mit anderen austauschen, dann Beschlüsse fassen und dann auch zu den Beschlüssen stehen. Ihre Fraktion stehe dazu, dass sie den Gesundheitsplan in dieser Form abgelehnt hätte.

Gleich bei der Begrüßung teilt **Abg. Matthias Zauner/VP** „Freundlichkeiten“ gegen *LR Hergovich* aus, indem er ihn als „Verunsicherungslandesrat“ begrüßt.

Auch er geht auf gewisse neue Notwendigkeiten ein, ausgelöst z.B. durch den demographischen Wandel, die geburtenschwachen Jahrgänge oder die immer spezialisiertere Medizin. So erklärt er z.B., dass der älter werdenden Gesellschaft damit begegnet werde, dass in jeder Versorgungsregion eine Akutgeriatrie und Remobilisation geschaffen werde. Dafür würden Stationen in Kliniken umgewandelt. Als Beispiel für die Spezialisierung in der Medizin nennt er die hochspezialisierten Da Vinci Roboter, die z.B. bei Prostata-Krebs OPs zum Einsatz kommen und pro Jahr im Betrieb 1 Mio. € kosten. Es sei klar, dass solche Geräte nicht an jedem Standort möglich seien, sondern nur je eines pro Versorgungsregion, was mit dem Gesundheitsplan garantiert werde. Auf den Fachkräftemangel werde durch Konzentration und Bündelung reagiert, und durch die Etablierung eines Ausbildungszentrums am Standort Korneuburg, um danach die fertig Ausgebildeten auch in Niederösterreich zu halten.

Auch in der Notfallversorgung und Notfallmedizin habe es in den letzten Jahren enorme Weiterentwicklungen gegeben. Es müssten dem Roten Kreuz und dem Arbeiter-Samariter-Bund dafür gedankt werden, dass sie seit 2021 Rettungssanitäter*innen zu Notfallsanitäter*innen aufschulen. Dadurch würde das Netz der Notfall- und Akutversorgung noch enger, auch weil diese Standorte ausgebaut würden, weil [Acute Community Nurses](#) und [First Responder](#), sowie den Telenotarzt oder die Flugrettung eingesetzt würden. All das sei Teil des Gesundheitsplans. Und zum Vergleich mit der oberösterreichischen Situation meint der Ab-

geordnete, während in OÖ nur jeder zehnte Sanitäter zum Notfallsanitäter qualifiziert sei, wäre es in NÖ jeder vierte. Und selbst nach der Umwandlung des Notfallsystems in NÖ werde man pro Einwohner noch immer mehr Notarztstandorte haben, als das benachbarte vergleichbare OÖ.

Auch *Abg. Zauner* geht dann auf den bereits mehrfach erwähnten Gesundheitsausschuss ein, bei dem Experten von Rotem Kreuz, Samariterbund und Notruf NÖ den Abgeordneten Rede und Antwort gestanden seien. Und er erwähnt einige Details, die bereits von vorhergehenden Redner*innen thematisiert wurden.

Im Gesundheitsausschuss sei etwas „*megapeinlich*“ gewesen, nämlich der „*vermeintliche Experte, den uns der Herr Hergovich hineingesetzt hat. Weil auf diese Weise zu agieren, Notruf NÖ und den Einsatzorganisationen Manipulation vorzuwerfen und Notfallsanitäter*innen die Kompetenz ihrer Ausbildung abzusprechen, ist einfach letztklassig und dieses Ausschusses unwürdig*“.

Der Abgeordnete dankt dann ebenfalls *Karin Scheele*, deren Vorsitzführung objektiv, unparteiisch und fair gewesen sei. Er frage sich, ob der *Herr Hergovich* ein Problem mit Frauen habe und geht ebenfalls auf seine Konflikte mit der *ehemaligen Gesundheitslandesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig*, *Abg. Karin Scheele* und *Gesundheitslandesrätin Eva Prischl* ein. Und wieder greift er den „*Verunsicherungslandesrat*“ an, der mit „*alternativen Fakten*“ Ängste schüre. Er sei der „*Geisterfahrer in der Gesundheitspolitik*“, denn er sei bei allen Beschlüssen dabei gewesen. Und wie er jetzt durch die Lande ziehe, sei er der „*Pinocchio der nö. Landespolitik*“ und der Abgeordnete wirft ihm vor, die Niederösterreicher*innen für blöd zu verkaufen, weil er behaupte, bei gewissen Entscheidungen nie mitgestimmt zu haben oder dass 11 Mio. € bei der Notfallversorgung gespart würden. Das Gesundheitsbudget sehe für 2027 ein Plus von 21 % oder über 500 Mio. € vor. Weiters wirft *Abg. Zauner LR Hergovich* vor, dass er sogar den Finanzminister mit hineinziehe und das Gegenteil von

dem behaupte, was dieser in einem KRONE-Interview über den nö. Gesundheitsplan gesagt habe.

Zum Unterschied von früher fahren heute die Notfallsanitäter*innen zuerst hin, machten eine erste Anamnese und wenn der Notarzt kommt, seien bereits die ersten Medikamente verabreicht, sei ein Zugang gelegt und er habe nur mehr das zu tun, was die Notfallsanitäter*innen nicht tun können.

Abschließend wirft der Abgeordnete *LR Hergovich* noch vor, auf dem Rücken von Verstorbenen Politik zu machen. Er habe den Fall einer verstorbenen vierzehnjährigen Oberösterreicherin herangezogen – das sei „*letztklassig, schäbig und unwürdig*“. Außerdem sei der Fall nicht vergleichbar mit NÖ. In OÖ seien die Rettungssanitäter ausgerückt, in NÖ wären die Notfallsanitäter hingefahren, die das notwendige Medikament an Bord gehabt hätten, das diese Jugendliche gebraucht hätte. Mit diesem nicht vergleichbaren Fall Politik zu machen sei „*unterste Schublade und widerlich*“.

Die SP stünde im Landtag allein da. Die ÖVP, die Freiheitlichen, die Neos stünden zum getroffenen Beschluss. Die Grünen, die das nicht mitbeschlossen haben, verstünden die SP-Politik auch nicht.

Und er wendet sich an die Sozialdemokratie und fordert sie auf, die „*Geisterfahrt ihres Parteivorsitzenden*“ zu beenden und zusammenzuarbeiten, wie dies in der Geschichte der zweiten Republik so oft geschehen sei.

Und wieder einmal stellt #zusammenHaltNÖ fest, dass einzelne VP-Abgeordnete, wie Abg. Zauner in ihrem Verhalten ein jämmerliches Beispiel abgeben, wie man sich als Vertreter einer einst christlich-sozialen Partei NICHT verhalten sollte. Seine ständigen Diffamierungen, das Lächerlichmachen von politischen Gegnern, egal wie berechtigt Kritik ist oder nicht, ist letztklassig und eines Landtagsmandatars völlig unwürdig. Wenn der Abgeordnete meint, dass er damit für sich und seine Partei Sympathien und Stimmen gewinnen kann, ist er auf dem Holzweg.

Auch **VP-KO Kurt Hackl** meldet sich nochmals zu Wort und wirft der Sozialdemokratie vor, mit einer halb ausgestreckten Hand hinzu-

kommen und mit der anderen zuzuschlagen. Das sei unehrlich und dieses Hauses unwürdig. Allerdings attackiert auch er *Abg. Spenger* ([Video ab Minute 1:08](#)) und meint: „*Der neu ernannte Gesundheitssprecher Rainer Sp(r)enger [...]i bin nur g’spannt, ob i ma den Namen merken muass, valleicht is eh next’s Monat a Neicha do*“.

#zusammenHaltNÖ stellt fest, dass die Äußerungen des Klubobmanns der (noch) stimmenstärksten Partei, sowie sein sprachliches Niveau eines Landtags völlig unwürdig ist. Hier wäre ein klares Wort des Präsidiums längst überfällig. Offenbar verwechselt KO Hackl den Landtag mit einem Oktoberfest-Biertisch. Außerdem sollte er dringend sein eklatantes „*Dativ-Akkusativ-Problem*“ bearbeiten, das seit Monaten immer deutlicher hörbar wird. **Weiters behauptet er, dass die Verantwortung für das Gesundheitsressort immer in Händen der SPÖ gelegen sei. Er vergisst jedoch darauf hinzuweisen, dass auch derzeit auf Grund des Proporz das Gesundheitsressort auf drei Landesrät*innen aufgeteilt ist: auf LR Anton Kasser/VP, LR Antauer/FP und LRⁱⁿ Eva Prischl/SP.**

Als letzter Redner bei diesem Tagesordnungspunkt spricht **Abg. René Pfister/SP** und begrüßt ebenfalls zuerst den Präsidenten. Dann bemerkt er, dass die Regierungsverantwortlichen der ÖVP und FPÖ nicht mehr anwesend seien. Weiters hält er fest, *Sven Hergovich* habe bei der Veranstaltung in Ybbs nie gesagt, er habe nicht mitgestimmt. Es gehe einzig und allein um Verbesserungen.

Schließlich geht der Abgeordnete auf den Gesundheitsausschuss ein und bezeichnet ihn als qualitativ hochwertig. Mit Blick auf den Landtagspräsidenten äußert er jedoch berechtigte Kritik über „*Pinocchio- und irgendwelche Puppenbezeichnungen, die des Landtags weder würdig, noch irgendwie zulässig*“ seien. Er erwarte sich, dass man Menschen nicht herabwürdige. Weiters finde er es traurig, dass Ausschüsse zwar seien, dann aber öffentlich zitiert werde, wer dort was gesagt habe und auch Personen in der Landtagssitzung öffentlich diskreditiert würden.

Weiters stellt er klar, dass die SPÖ für die Krankenanstalten in den letzten fünfzig Jahren

nie verantwortlich gewesen sei. Er fordert, dass die Diskussion versachlicht werde, dass ehrlich diskutiert werde und wenn es um die Finanzierung gehe, klar sei, dass diese im Ausschuss nicht beantwortet worden sei. Bei der Finanzierungsfrage hinsichtlich der Blaulichtorganisationen sei über die Vergangenheit diskutiert worden und nicht über die Zukunft.

Jene, die meinen, der Gesundheitsplan 2040+, der im Februar 2025 beschlossen wurde und bis 2040 eins zu eins umgesetzt werden solle, ohne zu schauen, ob diese Vorgänge und Vorgaben richtig seien, sei auf dem Holzweg. Da liegen Wahlen dazwischen, da vergehe jede Menge Zeit und es sei nur legitim, von Zeit zu Zeit anzuschauen, ob der gesamte Plan, ob alles auch wirklich vorhanden und abgesichert sei. Da gehe es um ehrliche Politik und nicht um Verunsicherung, die von der ÖVP betrieben werde.

Zusatzinformation:

[Geballte Kritik im Landtag an Hergovich - noe.ORF.at](#), 24.09.2026

[Landtagssitzung - „Gesundheitsplan 2040+“: Reform sorgt für viele Wortgefechte - NÖN.at](#), 24.09.2026

[Ersatz für Notarzt-Stützpunkte möglich - noe.ORF.at](#), 19.06.2026

[Gesundheitszwist in NÖ - Streit eskaliert: Grüne feuert gegen SPÖ-Chef | krone.at](#), 18.09.2026

[Grüne fordern Hergovich-Rückzug aus Landesregierung - noe.ORF.at](#), 17.09.2026

[Streit rund um Gesundheitsreform verschärft sich - noe.ORF.at](#), 11.09.2026

[Hergovich will Notarztstandorte erhalten - noe.ORF.at](#), 27.08.2026

[Hergovich will Ampel für Gesundheitssystem - noe.ORF.at](#), 06.05.2026

#zusammenHaltNÖ merkt an, dass es in der Umsetzung des Gesundheitsplans 2040+ sichtlich schrammt – ein Problem für die Regierung. Deshalb muss ein Schuldiger dafür ausgemacht werden, damit sich die Regierung nicht mit der Kritik aus der Bevölkerung befassen muss (z.B. mit der Initiative LK Gmünd bleibt, oder #UnserNotarztBleibt). Und mit dem Gerede über die Panikmache wird erst so richtig Panik gemacht. Denkbar und wünschenswert

wäre, die Kritik der Bevölkerung aufzugreifen und zu beantworten.

Deutlich ist auch, dass von der SPÖ wenige bessere Vorschläge kommen. Ebenso klar ist, dass das Proporzsystem ein strukturelles Problem darstellt und es wichtig wäre, dieses endlich abzuschaffen. Denn aufgrund des Proporzsystems befindet sich die SPÖ tatsächlich in einer Doppelrolle, die eine notwendige Oppositionspolitik behindert. Echte Proporzregierungen gibt es nur noch in OÖ und NÖ.

Außerdem fragt sich #zusammenHaltNÖ, warum der so massiv angegriffene SP-Landesrat Sven Hergovich, der in der LT-Sitzung anwesend war, nicht ans Rednerpult tritt, seine Argumente für seine Sommerkampagne begründet bzw. verteidigt und seine Kritik an bestimmten Punkten des Gesundheitsplans in der Landtagssitzung öffentlich äußert. Diese passive Haltung ist für Sitzungsbeobachter*innen und vermutlich auch für seine Parteikolleg*innen, -mitglieder oder Wähler*innen seiner Partei völlig unverständlich

**TO-Punkt 4: Vorlage der Landesregierung
betreffend Landesgesetz, mit dem das NÖ
Pflanzenschutzmittelgesetz (NÖ PSMG)
und das NÖ Grundverkehrsgesetz 2007
(NÖ GVG 2007) geändert werden**

Fristerstreckung für die elektronische Dokumentation erst mit 1. Jänner 2027 positiv. Er gibt aber zu bedenken, dass der administrative Mehraufwand für die landwirtschaftlichen Betriebe eine zusätzliche Belastung darstelle. So



Die Abgeordneten **Michael Bierbach/SPÖ** und **Franz Mold/VP** begrüßen, dass bei der Änderung des Pflanzenschutzmittelgesetzes die elektronische Dokumentation erst mit 1. Jänner 2027 für die Landwirtschaft erfolgen muss. Bis dahin gelte die bisherige Form der Aufzeichnungen. Ebenso werde die flexiblere Handhabung der Anwenderbefähigungen begrüßt. Zustimmung findet auch die Kennzeichnung der Pflanzenschutzmittel mit einheitlichen Gefährdungssymbolen bei einer verpflichtenden Verwahrung in sicheren Metallschränken.

Die Novelle zum NÖ Grundverkehrsgesetz 2007 stellt für beide Abgeordnete eine Verbesserung dar, denn anstatt Verfahren genügen jetzt Formulare.

Etwas detaillierter befasst sich **Abg. Alexander Schnabel/FP** mit dem Pflanzenschutzgesetz. Auch er findet die EU-Anpassungen, sowie die

sieht er einen Wettbewerbsnachteil für streng kontrollierte inländische Landwirtschaftsprodukte gegenüber lax bis gar nicht kontrollierten Importprodukten. Es sollte seiner Meinung nach durch die EU-Regelung kein Wettbewerbsnachteil für die gesetzeskonforme österreichische Landwirtschaft entstehen.

TO-Punkt 5: Berichte der Landesregierung des Ressorts Landwirtschaft im Jahr 2025 betreffend A: Wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich (Der Grüne Bericht); B: Tätigkeit und Wahrnehmungen der Land- und Forstwirtschaftsinspektion

schen Bevölkerung. Leider wird diese eher düstere Seite des Landlebens bei vielen Konsument*innen ausgeblendet. Man greift im Supermarkt einerseits zum billigeren (Import-) Produkt und „bejubelt“ andererseits in Sonntagsreden vollmundig die von der Politik eingeforderte Versorgungssicherheit der Landsleute durch die heimische Landwirtschaft.



Links zu:

[Anschreiben \(PDF, 149 Kilobyte\)](#)[Anschreiben \(PDF, 149 KB\)](#), [Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft \(PDF, 5,9 Megabyte\)](#), [Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft \(PDF, 5,9 MB\)](#), [Bericht über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der Land- und Forstwirtschaftsinspektion \(PDF, 1,2 Megabyte\)](#)[Bericht über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der Land- und Forstwirtschaftsinspektion \(PDF, 1,2 MB\)](#)

Anmerkung von #zusammenHaltNÖ: Wenn man bedenkt, unter welch permanentem Druck der Großteil der österreichischen Landwirte steht, darf man sich nicht wundern, wenn jeden Tag 9 (!) Bauernwirtschaften aufgeben und die Suizidrate bei Landwirten um 20 % höher ist als im Durchschnitt der österreichi-

Die wesentlichen Faktoren, die zu diesem prekären Dilemma führen, sind in dem sehr sorgfältig aufbereiteten „[Grünen Bericht 2025](#)“ nachzulesen: Es sind vielfältige Faktoren wie Aufwendungen (Strom, Treibstoffe, Pflanzenschutzmittel, Tierarzt, Medikamente u. a.), Wetterkapriolen (2024 Unwetter, 2026 Dürre), sehr volatile Marktpreise, Marktverzerrung durch MERCOSUR, Ukraine-Importe, Preisdruck durch wenige, marktbeherrschende Supermarktketten, Für die Verwerfungen im Agrarsektor seien nur einige Beispiele hier angeführt. Nach einer überaus guten Kartoffelernte 2025 musste wegen des Preisverfalls ein Teil der Ernte vernichtet werden. Zusätzliche Tiefschläge erlebt die niederösterreichische Landwirtschaft im Weinviertel durch die Schließung der [AGRANA Zuckerfabrik in Leopoldsdorf](#) (Deregulierung und Marktöffnung durch EU Richtung Drittstaaten)

und des Großenzersdorfer Tiefkühlbetriebes der belgischen ARDO-Gruppe (IGLO mit bis zu 500 Gemüsebauern davon betroffen).

Für weitere massive Verunsicherung in der Bauernschaft sorgt die von der EU-Kommission geplante neue GAP 2028 -2034 mit erheblichen Änderungen und voraussichtlichen Budgetkürzungen von 22 % (Siehe: Der neue GAP-Vorschlag für 2028: Was bedeutet er für Landwirte?).

Der Grüne Bericht 2025 zeichne laut **Abg. Edith Kollermann/Neos** im Durchschnitt ein durchwegs positives Bild eines erfolgreichen Produktionsjahres der niederösterreichischen Landwirtschaft. Während 2025 die pflanzliche Produktion um mehr als 10 %, bei Obst und Wein sogar um 30 % gestiegen sei, seien aber viele wichtige Betriebsmittel teurer geworden. Bei den buchführenden Betrieben seien die land- und forstwirtschaftlichen Einkünfte um fast 18 % gestiegen, was zunächst sehr gut klinge. Der statistische Durchschnitt täusche jedoch. Wenn man die Betriebe nach Einkünften je betrieblicher Arbeitskraft in vier gleich große Gruppen teile, komme das oberste Viertel auf rund 89.000 €, das unterste schreibe jedoch einen Verlust von ca. 2.500 €. (siehe auch „Bauerneinkommen“ im Grünen Bericht, S. 30 – 39/Anm. #zH).

Laut **Abg. Kollermann** ergibt sich daraus, dass eine gute Ernte noch lange nicht ein gutes Geschäft bedeuten müsse. Dies sei für sie eine der wichtigsten Botschaften dieses Berichts: *“Denn die niederösterreichischen Bäuerinnen und Bauern seien nicht nur Produzenten, sondern sie sind vor allem auch Unternehmerinnen und Unternehmer. Sie investieren, sie tragen das Wetter-Risiko, sie reagieren auf Märkte, sie beschäftigen Menschen und sie müssen Entscheidungen oft über Jahrzehnte treffen“.*

Und genau dazu würden sie unternehmerischen Spielraum und verlässliche Rahmenbedingungen benötigen. Wie aus dem Bericht zu entnehmen ist, sei die soziale Lage der Bäuerinnen und Bauern insgesamt schwierig (siehe „Soziale Lage“ im Grünen Bericht, S.40-42 und „Pensionen“, S.42/Anm.#zH). Es werde mit enormem Risiko, Einsatz von Kapital und Arbeitskraft, oft von der ganzen Familie, Un-

glaubliches geleistet. Dennoch unterliege die niederösterreichische Landwirtschaft einem permanenten Strukturwandel, wo Produktionen (AGRANA, ARDO), die dauerhaft nicht wirtschaftlich sind schließen oder in andere Regionen abwandern.

Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne betont, dass Landwirtschaft alle Menschen betreffe. Ihrer Meinung nach sei der Bericht über das äußerst erfolgreiche Jahr 2025 durch das heurige Jahr mit Trockenheit und Werkschließungen bereits wieder überholt. Die Abgeordnete unterstreicht die Bedeutung einer naturnahen und umweltbewussten Bewirtschaftung. Diese sei nicht nur für Konsument*innen, sondern auch für eine zukunftsfitte Landwirtschaft von Vorteil. Denn ökologisch arbeitende Betriebe seien besser und resistenter durch die aktuelle Klimakrise gekommen. **Abg. Krismer-Huber** erwähnt lobend die dokumentierten Bodenschutzmaßnahmen. Angesichts der enormen Trockenheit und Dürre 2026 kritisiert sie aber heftig das vernachlässigte Wassermanagement in Niederösterreich, wo zwar 16,4 Mio. € für landwirtschaftliche Verkehrsinfrastruktur, aber laut Bericht nur 248.000 € für den Rückhalt von Wasser in den Regionen ausgegeben wurde. (siehe „Investitionen in ökologische Verbesserungen und Maßnahmen zur Minderung des Hochwasserrisikos“, S.49 im Grünen Bericht)

Aber gerade diese Maßnahmen würden eine Win-win-Situation ergeben vor allem auch im Hinblick auf Hochwasserschutz. Die Grünen verweigerten dem Bericht daher bereits im Ausschuss ihre Zustimmung.

Trotz höherer Erträge und auch höherer Gewinne führe laut **Abg. Michael Bierbach/SP** der Strukturwandel in der Landwirtschaft zu einem Rückgang der Betriebe in Niederösterreich. Es stelle sich daher die Frage nach einem möglichen Erhalt kleinerer Familienbetriebe. Positiv vermerkt der Abgeordnete, dass es in Niederösterreich bereits 23 % Biobetriebe gebe. Aufgrund der heurigen Trockenheit seien kurzfristige Hilfen für die betroffenen Betriebe sowie nachhaltige und langfristige Antworten auf die Folgen des Klimawandels

gefordert. Dabei wolle *Abg. Bierbach* Brücken zwischen wirtschaftlicher Perspektive und Schutz der natürlichen Ressourcen schlagen. Angesichts der immer schwieriger werdenden Rahmenbedingungen stellen sich nach Meinung von **Abg. Alexander Schnabel/FP** „jene Landsleute, die jeden Morgen aufstehen, wenn andere noch schlafen, die investieren, produzieren, unser Land ernähren“, immer öfter die Frage, ob ihr Beruf überhaupt noch Zukunft habe. Die Zahlen würden eine deutliche Sprache sprechen, denn seit 1999 hätten von den 51.000 LW-Betrieben jedes Jahr 2 % geschlossen. In diesem Zeitraum habe ein dramatischer Strukturwandel die Anzahl der Höfe halbiert. Es seien Familienbetriebe die verschwinden, Lebenswerke, die aufgegeben würden und „dessen sollte sich auch der ÖVP-Landwirtschaftsminister stets bewusst sein“. Da der Aufwand immer mehr steigt (siehe „**Betriebsausgaben**“, S.39 im Grünen Bericht), werde es für Landwirte immer schwieriger von der eigenen Arbeit leben zu können. Die Kosten würden steigen, aber die Bauern können für ihre Produkte die Verkaufspreise nicht selber festlegen. Die Erlöse ziehen nicht nach, „ganz im Gegenteil, anhaltende Ukraine-Importe und zusätzlich in diesem Jahr Importe aus Mercosur-Staaten drücken die Preise“. Vor dieser Entwicklung hätten die Freiheitlichen laut *Abg. Schnabel* stets gewarnt. Zusätzlich seien noch die hohen Treibstoffpreise, welche seiner Meinung nach, die Bundesregierung zu verantworten habe, „der endgültige Todesstoß für unsere Land- und Forstwirte. Günstige Energie, das bedeute Wohlstand und das sollten sich Totschnigg und Stocker hinter die Ohren schreiben. Und dazu komme noch die von der realitätsfremden EU verordnete Bürokratie“.

Neben der zu erledigenden Flut an Formularen, Kontrollen, Dokumentationen, Nachweisen und Vorschriften sollten die niederösterreichischen Bauern laut *Abg. Schnabel* auch noch Unternehmer, Tierhalter, Lebensmittelproduzenten, Landschaftspfleger und gleichzeitig Verwaltungsbeamte des eigenen Hofes sein.

Daher verlangt der Abgeordnete Regeln, aber „faire Regeln mit Hausverstand“. Für *Abg. Schnabel* sollte sich „Phantom-Minister Totschnigg, von dem man nichts hört und nichts sieht, nicht nur den angenehmen, sondern auch den unangenehmen Fragen stellen“: das Höfesterben z. B, die steigenden Kosten, Bürokratie. Und was würde der Minister Jungbauern sagen, die sich aufgrund der enormen Belastungen nicht mehr trauen, den Hof zu übernehmen?

Landwirtschaftspolitik brauche laut *Abg. Schnabel* Ordnung und vor allem Planungssicherheit, denn ein Bauer denke nicht in Wahlperioden sondern in Generationen. Ställe würden nicht für fünf Jahre gebaut, Obstgärten nicht für eine Legislaturperiode gepflanzt und ein Wald wächst in Generationen und er meint dann: „Deshalb muss auch die Bundespolitik langfristig denken und das macht die Verlierer-Ampel in Wien definitiv nicht“. Die Bundesregierung dürfe nicht zulassen, dass der bäuerliche Familienbetrieb schleichend und lautlos verschwinde, durch viele kleine Belastungen, durch höhere Kosten, mehr Bürokratie, mehr Auflagen, mehr Unsicherheit, „bis unsere Bauern schließlich sagen: ich höre auf. Es reicht!“

Diese Entwicklung müsse verhindert werden, denn wer die Landwirtschaft schwächt, schwäche Österreich. Die Bauern und die Regionen bräuchten Zukunft, sowie die Lebensmittelversorgung Sicherheit brauche. Es müsse daher jetzt gehandelt werden, nicht nach der nächsten Krise, meint der FP-Abgeordnete mit der Aufforderung: „Schreiben Sie sich das ins Stammbuch, Herr Minister!“

Abg. Richard Hogl/VP bemüht eingangs eine Umfrage der Bezirksblätter, die zeige, dass die Landsleute stolz auf die niederösterreichische Landwirtschaft seien, ihr vertrauen und auch bereit seien, niederösterreichische Waren zu kaufen. Daher würden die 37.533 land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, welche zu 38 % von Frauen geführt werden, „durch partner-

schaftliche Führung ein gutes Fundament für die Zukunft haben“.

Die langwierigen Diskussionen zur finanziellen Unterstützung der von der Trockenheit geschädigten Landwirte könne er nicht nachvollziehen. Und verweist auf die Möglichkeit, sich durch die Hagelversicherung gegen die volatilen Wetterphänomene abzusichern, wobei jetzt die Öffentliche Hand ohnehin 55 % der Prämie übernehme.

Anmerkung von #zusammenHaltNÖ: Endlich ein Ordnungsruf durch den Vorsitzenden, **Präsident Waldhäusl**, an die Abgeordneten der VP-NÖ: (Zitat) „Ich bitte, vor allem die Eigenen hier, den Redner zu unterstützen, indem man zuhört!“ #zusammenHaltNÖ hat immer wieder auf die Disziplinlosigkeit im Plenum hingewiesen. Es ist eigentlich empörend, wenn gutbezahlte Mandatäre - sogar wenn die eigenen Leute am Rednerpult sind - nicht zuhören, ungeniert mit Hinterbänkeln tratschen und sich benehmen, wie eine ungezogene Schulklasse!

Zinsbegünstigungen und Erleichterungen bei der Sozialversicherung für zwei Monate seien Hilfestellungen, damit Familienbetriebe ihre Arbeit fortsetzen können.

Abg. Hogl kritisiert im Weiteren die rigorosen Auflagen als Hindernis, um am Markt wettbewerbsfähig zu bleiben, gegen Mitbewerber aus der EU und darüber hinaus. Im Hinblick auf Herkunftsverschleierungen beim Schweinefleisch plädiert der VP-Abgeordnete für klare Herkunftsbezeichnungen und erwähnt das AMA-Gütesiegel auch als Garant für eine Absatzsicherheit.

Im Zusammenhang mit den in immer kürzeren Abständen wiederkehrenden, dramatischen Wetterphänomenen, nimmt er **LW-Minister Totschnigg** gegen die Kritik seines FP-Vorredners in Schutz. Denn dieser sei für Renaturierung, jedoch dürften die Kosten nicht bei den Landwirten oder der Bevölkerung hängen bleiben. Hier müsse es eine europäische Lösung geben. Im Ausbau alternativer Energien sieht **Abg. Hogl** eine Möglichkeit, durch einen geringeren lokalen CO₂-Ausstoß auch Auswirkungen auf das Kleinklima hierzulande zu bewirken. Um dies zu beweisen behauptet er,

dass zur Zeit von CORONA, wo weniger geflogen wurde, es mehr geregnet habe.

#zusammenHaltNÖ nimmt mit Interesse diese bisher nicht beachtete Hoglsche These wahr.

Zusatzinformation

[Tiefkühlproduzent Ardo schließt 2027 Werk - noe.ORF.at](#), 24.09.2026

[Hohe psychische Belastung bei österreichischen Landwirten](#), Vol.at, 7.09.2026

[Agrana schließt Zuckerfabriken in Österreich und Tschechien - Unternehmen - derStandard.at > Wirtschaft](#), 12.03.2025

[Suizid unter Landwirten: EU zeigt Gründe, agrarheute](#), 28.01.2025

[Jeden Tag sperren neun Bauernhöfe in Österreich zu - landwirt-media.com](#), Landwirt, 15.07.2025

!!! Sehenswert und erschütternd: Am Schauplatz: Wenn Bauern aufgeben, ORF, 07.11.2024

[„Vertane Chancen“ - Deindustrialisierung stoppen: NÖ-Industrie drängt auf Reformen - NÖN.at](#), 26.01.2024

Addendum:

Es ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten, dass **Landeshauptfrau-Stv. Udo Landbauer** in einer [Presseaussendung](#) Hilfe für notleidende Menschen in Österreich und dem globalen Süden gegeneinander ausspielt. Der nö. FPÖ-Politiker und seine Partei verschweigen bzw. leugnen konsequent, dass zunehmende Hitzeperioden und weltweite Dürreschäden durch den rasanten Klimawandel verursacht werden. Im Gegenteil: seine Partei holt noch den berüchtigten **US-Klimawandelleugner** James Taylor nach Wien, um gemeinsam gegen „Klimaalarmismus“ und „Klimakommunismus“ zu kämpfen. Die Österreichische Entwicklungshilfe, die er in seiner Presseaussendung diffamiert, gibt es seit den 1950er Jahren, als das Land noch weit weniger wohlhabend war als im Jahr 2026. Landbauer und seine Partei hetzen medial u.a. gegen Unterstützung für Menschen im globalen Süden, die durch jahrelange klimawandelbedingte Dürre häufig in den Ruin getrieben werden.

Zusätzlich diffamieren und kriminalisieren er und seine FP-Kolleg*innen permanent Geflüchtete, die keinen anderen Ausweg mehr sehen, als sich auf den lebensgefährlichen Weg nach Europa zu machen. Das ist absurd

und menschenverachtend – eine Dreistigkeit der Sonderklasse!

FPÖ-Fake News:

[FPÖ-Landbauer zu angeblicher Dürre-Hilfe: Bauern werden sogar über 100 Millionen weggenommen!, Presseaussendung der FPÖ NÖ, 22.08.2026](#)

#zusammenHaltNÖ-Faktencheck und Zusatzinformation:

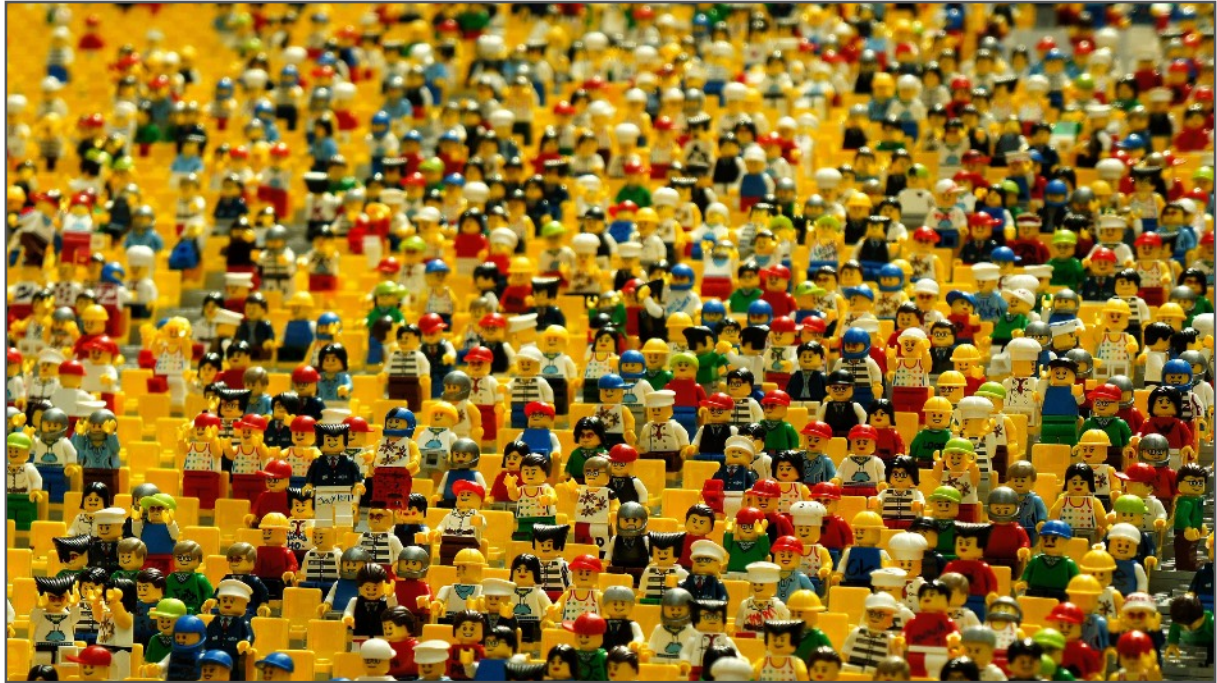
[Breite Kritik an FPÖ-Veranstaltung mit US-Klimawandelleugner im Wiener Rathaus - Österreich - derStandard.de › Österreich, 30.06.2026](#)

[FPÖ holt Heartland-Chef für Debatte über "Klimakommunismus" ins Wiener Rathaus - FPÖ - derStandard.at › Inland, 29.09.2026](#)

[Das bekommen Bauern - 7 Fragen und Antworten zum „Dürre-Sofortpaket“ | krone.at, 21.08.2026](#)

[240 Mio. Euro gegen die Dürre: Alle Details zum Hilfspaket, Bauernzeitung, 21.08.2026](#)

TO-Punkt 6: Bericht der Volksanwaltschaft betreffend präventive Menschenrechtskontrolle 2025 sowie Äußerung der NÖ Landesregierung



Link zum [Bericht der Volksanwaltschaft](#); Link zur [Äußerung der NÖ Landesregierung](#)

Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um den Bericht „Präventive Menschenrechtskontrolle“, der die Tätigkeit des Nationalen Präventionsmechanismus (NPM) der Volksanwaltschaft im Jahr 2025 dokumentiert. Laut Vorwort des Berichts, gibt er einen „umfassenden Überblick über die Kontrolltätigkeit der Volksanwaltschaft und der von ihr eingesetzten Kommissionen in Einrichtungen, in denen es zu Freiheitsbeschränkungen kommt oder kommen kann, sowie über die Beobachtung von Zwangsakten der öffentlichen Verwaltung, etwa bei Abschiebungen, Demonstrationen und Polizeieinsätzen, die menschenrechtlichen Standards verschiedener Gesundheits-, Alten- und Pflegeeinrichtungen, um Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, der Kinder- und Jugendhilfe oder um psychiatrische Abteilungen von Kliniken“ (siehe Bericht, S.5)

Nach der Berichterstattung durch **Abg. Otto Auer/VP** legen die einzelnen Redner*innen teilweise einen unterschiedlichen Fokus auf

bestimmte Teilbereiche des Berichts. Daraus ergeben sich dann auch Lob und Kritik unterschiedlicher Art. Aber alle Fraktionen nehmen schließlich bei der Abstimmung den Bericht

der Volksanwaltschaft und die Äußerungen der Landesregierung einstimmig zur Kenntnis.

Als erste Rednerin geht **Abg. Edith Koller-mann/Neos** insbesondere auf Menschen, die Pflege brauchen und auf Menschen mit Behinderungen ein. Der Bericht zeige Einrichtungen, in denen Mitarbeiter*innen Großartiges leisten. Er zeige aber auch Dinge, die wachrütteln müssten.

Sie beschreibt dann Beispiele aus Pflegeheimen, die die Selbstbestimmung von Menschen massiv einschränken. Weder Mahlzeiten, noch Körperpflege könnten mehr selbst bestimmt werden. Man sei in starren Strukturen eingebettet und dies, weil schlicht die Zeit fehle, auf den einzelnen Menschen einzugehen. Der Bericht spreche in diesem Zusammenhang von struktureller Gewalt – ein hartes Wort, aber es stehe dahinter die Frage, was mit der Würde des Menschen geschehe, wenn für dessen persönliche Bedürfnisse im Alltag keine Zeit bleibe. Die Abgeordnete erwähnt dann den neuerlichen Besuch einer Kommission in einem Pflegeheim, in dem es in der Vergangen-

heit schwere Gewaltvorfälle gegeben habe und Pflegekräfte deshalb sogar strafrechtlich verurteilt wurden. Dort gebe es heute zwar ein Gewaltpräventionskonzept – jedoch nur auf dem Papier und weder das Personal, noch die Leitung hätten es gekannt.

Der Bericht gehe aber andererseits lobend auf positive Initiativen und Projekte in Pflegeheimen ein, so z.B. auf ein Dysphagie-Projekt, beim dem für Menschen mit Schluckbeschwerden oder -störungen unter Einbeziehung der Bewohner*innen neue Formen der Ernährung entwickelt wurden.

Ein anderes Heim in NÖ richte sich bewusst nach den individuellen Tagesrhythmen der Bewohner*innen. Gute Pflege brauche Zeit, Wissen und ausreichend Personal.

Auch bei Menschen mit Behinderung bestehe der Konflikt zwischen Schutz und Selbstbestimmung. Und die Abgeordnete beschreibt anhand von zwei Beispielen mögliche Konfliktszenarien.

Menschenrechte würden sich oft in kleinen alltäglichen Details manifestieren und sie dankt allen, die in diesem System oft unter schwierigen Bedingungen tätig sind und ihr Bestes geben.

In diesem Bericht gehe es um eine sehr einfache Frage: *„Wie wollen wir mit Menschen umgehen, die auf unsere Unterstützung angewiesen sind“*. Und Abg. Kollermann beantwortet diese Frage gleich selbst: *„Mit Respekt, mit Schutz, dort wo Schutz notwendig ist, aber v.a. mit größtmöglicher Freiheit, über das eigene Leben selbst zu bestimmen“*.

Es gebe in NÖ Einrichtungen und engagierte Mitarbeiter*innen, die großes Lob und Dank verdienen, meint **Abg. Dominic Hörlezeder/Grüne**. Als ein Beispiel von mehreren erwähnt er das Lob der Volksanwaltschaft für die Neuro-Deeskalations-Strategie in der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Tulln, wodurch es merkbar weniger freiheitsbeschränkende Maßnahmen gebe.

Allerdings dürfe dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in NÖ ein strukturelles Problem gebe. Die Kommissionen hätten österreichweit und unangekündigt in 153 Einrichtungen kon-

trolliert, davon 24 in NÖ. Das erschütternde Ergebnis sei, dass nur 16 % als *„sichere Orte“* gelten würden. Laut Volksanwaltschaft seien die Garantien der Kinderrechte nicht vollständig umgesetzt.

Der Abgeordnete geht auf drei Beispiele aus NÖ ein, stellt sie den oft befremdlichen schriftlichen Antworten der Landesregierung gegenüber ([Video ab Minute 1:46](#)) und zieht in einem Fall einen Vergleich mit der weit professionelleren Vorgangsweise im Land Tirol mit ähnlich gelagerten Fällen. Die Verantwortung liege ganz klar bei der NÖ Landesregierung und er nennt die verantwortlichen Landesrät*innen für die verschiedenen Bereiche. Es müsse mehr Verbindlichkeit bei den im Bericht erwähnten notwendigen Änderungen geben - im Sinne sowohl der Kinder und Jugendlichen, aber auch der Beschäftigten in diesen Einrichtungen.

Abg. Doris Hahn/SP nennt eingangs Zahlen aus den diversen Prüfbereichen und weist auch auf das gemeinsame Hauptproblem all dieser Einrichtungen hin – nämlich den großen Personalmangel. Hier sei das Land NÖ aufgefordert, ganz massiv gegenzusteuern. Dazu brauche es verlässliche Rahmenbedingungen in diesen Berufsbereichen, faire Entlohnung und attraktive Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, um auch die Jugend für diese anspruchsvollen und herausfordernden Berufsbilder begeistern zu können. Bei fehlendem Personal leide die Betreuungsqualität, aber v.a. die Würde der Menschen und die Abgeordnete geht auf konkrete Situationen ein.

Positiv sei anzumerken, dass die Digitalisierung in vielen Einrichtungen spürbare Erleichterungen bewirke und Bürokratie abbaue. Aber die Technik dürfe nie dazu verleiten, Personal einzusparen. An die Adresse von **Finanz-LR Kasser** meint **Abg. Hahn** abschließend, es dürfe nicht bei den Schwächsten gespart werden. Es gehe nicht um Statistiken und Zahlen, sondern um behinderte oder zu pflegende Menschen, um Kinder und Jugendliche, die dringend Schutz brauchen. Das sollten die Leitlinien aus menschlicher und finanzieller Sicht sein.

Wie schon seine Vorredner*innen weist auch **Abg. Christian Brenner/FP** darauf hin, dass hinter den 219 Seiten des Berichts keine abstrakten Zahlen, sondern Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen stünden. Deshalb sei die Kontrolle der Volksanwaltschaft wichtig.

Im Jahr 2025 seien österreichweit 423 Kontrollen durchgeführt worden, 92 davon in NÖ. Nur rund fünf Prozent dieser Kontrollen seien angekündigt worden. Es werde also genau hingeschaut. Dieser Bericht dürfe weder schön-, noch schlechtgeredet werden. Es müssten Mängel behoben und sichergestellt werden, dass dieses System auch noch nach Jahrzehnten funktioniere.

Auch **Abg. Brenner** erwähnt die übergreifenden Probleme des Personalmanagements. Notwendig seien ausreichend Personal, funktionierende Strukturen und die notwendigen Ressourcen. Dann geht er auf die demographische Entwicklung ein und erklärt, im Jahr 2040 würden gegenüber 2024 rund 155.000 Menschen mehr Menschen über 65 Jahre alt sein. Somit würden auch die Anforderungen an die Gesundheits- und Pflegesysteme steigen, auf die man vorbereitet sein müsse. Deshalb sei der Gesundheitsplan 2040+ in diesem Zusammenhang wichtig und der Abgeordnete führt einige Details genauer aus. Die Generation, die jahrzehntelang gearbeitet, Steuern und Abgaben geleistet, die Familien großgezogen und unseren Wohlstand mitaufgebaut habe, müsse sich auf eine ordentliche medizinische Betreuung, Pflege und Betreuung verlassen können. Dazu könne solch ein Bericht beitragen. Und **Abg. Brenner** geht auf Verbesserungen ein, die dadurch angestoßen wurden.

Abschließend dankt er allen, die im Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich tagtäglich tätig sind, ebenso wie den Mitarbeiter*innen der Volksanwaltschaft.

Als letzter Redner spricht **Abg. Hermann Hauer/VP** und hält fest, dass vieles im Bericht auch positiv bewertet wurde, dass Empfehlungen aufgegriffen und wirksam umgesetzt wurden. Er geht v.a. auf die Pflege- und Betreu-

ungszentren, die Pflegeeinrichtungen und die Kliniken ein und bestreitet den Vorwurf von **Abg. Hörlezeder**, dass sich die Landesregierung bei Kritik wegduckte. Er erwähnt dann noch Einrichtungen, die Menschen mit ganz speziellen Problemen, wie z.B. Dysphagie (Schluckstörungen) betreuen, Einrichtungen mit Fokus auf Gewaltprävention und das durchdachte Entlassungsmanagement in Kliniken – alles Einrichtungen, die von der Volksanwaltschaft anerkannt wurden.

Wichtig sei ihm noch, den Adhoc-Besuch des „Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe/CPT“ zu erwähnen. Er zeige *„den Weg in NÖ des gelebten Miteinanders“* und habe eine sehr positive Rückmeldung des CPT an das Außenministerium zur Folge gehabt.

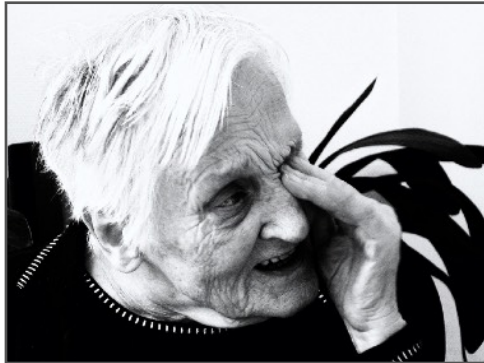
Abschließend bedankt sich **Abg. Hauer** bei allen Haupt- und Ehrenamtlichen in den genannten Einrichtungen, sowie bei der Landeshauptfrau und meint: *„Sie steht für den Weg der Verantwortung, des Zusammenhalts, des aufeinander Zugehens und des gelebten Miteinanders in NÖ“*.

#zusammenHaltNÖ hat nach den Erfahrungen der letzten acht Jahre hierzu einen völlig anderen Eindruck gewonnen. Ein „Miteinander“ gibt es offenbar nur für ausgewählte Personen und Organisationen, die der Landeshauptfrau zu Gesicht stehen. Für Probleme oder Anliegen von Initiativen und Vereinen, z.B. jene, die sich jahrelang ehrenamtlich um Geflüchtete vor Ort kümmerten, war sie nie zugänglich. Sie hatte (hat?) laut Auskunft ihres Büros keine Sprechstunden oder Sprechtage, wie die meisten anderen Landeshauptleute. Also ein sehr reduziertes „Miteinander“ für Günstlinge der Landeshauptfrau – fast wie bei einer absolutistischen Monarchin.

Zusatzinformation

[Neurodeeskalation in der Praxis: Haltung statt Hierarchie](#), Regenbogen Wohnen, 2026
[Orientierung für unser Nervensystem – NeuroDeeskalation® - Ressourcenreich](#), o.D.

**TO-Punkt 7: Vorlage der Landesregierung
betreffend Landesklinikum Waidhofen/
Ybbs, Errichtung einer Augenambulanz
und Akutgeriatrie inkl. Remobilisation**



Link zur [Vorlage](#) der NÖ Landesregierung; Link zur [Technischen Beilage](#)

Nach der Berichterstattung durch **Abg. Silke Dammerer/VP** ergreift **Neos-Abg. Edith Kollermann** das Wort.

Anhand von zwei fiktiven Beispielen erklärt die Abgeordnete die geplanten Veränderungen und zukünftigen zusätzlichen Angebote im Landesklinikum Waidhofen/Ybbs. Sie geht auf die Akutgeriatrie mit Remobilisation näher ein, die z.B. älteren Menschen nach einem Unfall, einer Operation oder akuten Erkrankung wieder aufbauen würde. Dafür stünden 24 Betten, multiprofessionelle Teams und eigene Therapieräume zur Verfügung. Dies sei aus demographischen Gründen in NÖ dringend notwendig. Der Gesundheitsplan 2040+ sage ganz klar, dass jede Region solch ein Akutgeriatrie-Zentrum haben müsse. Eine neu aufgebaute Akutgeriatrie könne für Pflegekräfte und Therapeut*innen ein attraktives Arbeitsumfeld sein, weil hier echte Reha-Erfolge sichtbar würden. Das helfe auch im umkämpften Pflegemarkt, in der Region neue Mitarbeiter*innen zu finden.

Zur Augenheilkunde meint **Abg. Kollermann**, dieser neue Fachschwerpunkt erhalte einen eigenen Eingriffsraum mit eigener prä-operativer Einheit. Dies bedeute kürzere Warte- und Vorbereitungszeiten und die Entlastung anderer OP-Säle. Auch für die Mitarbeiter*innen sei das ein Gewinn. Eine eigene, spezialisierte

Einheit bedeute mehr Routine, mehr Effizienz und standardisierte Abläufe statt ständiges Umstellen.

Planbare Operationen würden Pflegekräften mit Betreuungspflichten helfen, denn sie könnten sich verlassen, dass die Dienstpläne halten.

Was allerdings nicht im detaillierten Kostenplan beinhaltet sei, wäre der zusätzliche Pflegebedarf für die zusätzlichen 24 Betten. Dies habe zwar nichts mit dem Bauplan selbst zu tun, müsse aber mitgedacht werden.

Abschließend thematisiert **Abg. Kollermann** noch die fehlende „Bauherrenreserve“, den Betrag, der für Kostensteigerungen als Reserve vorhanden sein sollte. Im Ausschuss sei zwar eine Defacto-Kostengarantie abgegeben worden, aber ganz ohne finanziellen Puffer zu planen sei sehr ambitioniert.

Ihre Fraktion würde diesen Antrag unterstützen.

Abg. Silvia Moser/Grüne weist gleich zu Beginn ihres Redebeitrags erneut darauf hin, dass ihre Fraktion den Gesundheitsplan 2040+ abgelehnt habe und erläutere nochmals die Beweggründe der Grünen. Dies bedeute aber nicht, dass sinnvollen Einzelmaßnahmen die Zustimmung verweigert würde.

Wo Projekte für Menschen vor Ort wichtig seien und die regionale Gesundheitsversorgung verbessert würde, dort würden sie diese ausdrücklich unterstützen. Dies gelte für den vorliegenden Antrag. Wie bereits ihre Vorredner*innen begründet auch sie die Notwendigkeit für eine Akutgeriatrie und Remobilisation, damit ältere Menschen möglichst rasch wieder zu mehr Selbständigkeit gelangen könnten. Auch die geplante Augenambulanz mit der neuen Organisationsstruktur sei sinnvoll. Die Zustimmung zu diesem Antrag sei jedoch nicht als Blankoscheck für die gesamte Gesundheitspolitik der Landesregierung zu verstehen. Es passe nicht zusammen, einerseits neue gute Strukturen zu schaffen und andererseits bestehende und funktionierende Leistungen in einer Region zu streichen. Deshalb hinterfrage ihre Fraktion besonders die Schließung des Notarztstützpunktes Waidhofen/Ybbs, von

dem aus Grenzgebiete in OÖ und der Steiermark mitversorgt würden.

Gerade in einem ländlichen und weitläufigen Gebiet müssten medizinische Leistungen rasch verfügbar sein.

Die Grünen würden diesem Antrag zustimmen, gleichzeitig aber würde ihre Fraktion bei ihrer grundsätzlichen Kritik am Gesundheitsplan bleiben und bei ihrer Forderung nach einer verlässlichen, wohnortnahen und umfassenden Gesundheitsversorgung.

In seinem kurzen Redebeitrag erläutert **Abg. Rainer Spenger/SP**, warum seine Fraktion diesem Antrag zustimmt. Es gehe um eine wichtige und richtige Sache, es würden v.a. ältere Menschen im Mittelpunkt stehen und von der Akutgeriatrie und der Augenambulanz besonders profitieren. Es würde gemäß Gesundheitsplan 2040+ für die Bevölkerung daher zu echten Verbesserungen für die Bevölkerung kommen.

Der Ausbau am Standort Waidhofen/Ybbs schaffe ein altersgerechtes Versorgungsangebot und eine optimale Nachsorge bzw. Rehabilitationsmöglichkeit, wodurch der Pflegeabhängigkeit entgegengewirkt werde. Inklusive der Augenambulanz trage das gesamte Projekt dem demographischen Wandel einer immer älter werdenden Gesellschaft Rechnung und auch die Gesamtkosten von 3,9 Mio. € sei eine Summe, die sinnvoll und zukunftsorientiert investiert sei.

Der **FP-Abgeordnete Richard Punz** sagt, das Ziel dieser Umstrukturierung sei nicht nur, dass die Krankheit behandelt werde, sondern Mobilität wiederherzustellen, weitere Funktionsverluste zu verhindern und die Patient*innen möglichst rasch wieder in ihr gewohntes Lebensumfeld zurückzuführen. Und deshalb würden Akutgeriatrie und Remobilisation zusammengehören.

Für Waidhofen/Ybbs sei die Altersmedizin somit ein Zukunftsschwerpunkt. Der Abgeordnete geht auch auf die Augenambulanz mit neuen Untersuchungs- und Behandlungsbereichen ein, wodurch die Eingriffe effizienter abgewickelt werden könnten und der Zentral-OP-Bereich entlastet werde.

Um Standorte auch für die Zukunft langfristig abzusichern, brauche es eine klare medizinische Aufgabe für die Zukunft.

Als letzter Redner spricht **Abg. Mario Wührer/VP** und drückt seine Freude darüber aus, dass sowohl die Grünen als auch die SP dem Antrag zugestimmt haben. Bei der Regierungssitzung habe es noch Gegenstimmen gegeben. Deshalb freue es ihn, dass die SP nun umgeschwenkt sei, obwohl dieser Zick-zack-Kurs für ihn nur schwer nachvollziehbar sei.

Auch er geht dann zu Beginn auf den Gesundheitsplan 2040+ ein, der nun Schritt für Schritt umgesetzt werde. Die Grünen seien geläutert und es freue ihn ebenfalls, dass sie Teilen des Gesundheitsplans zustimmten.

Dann geht er auf die Region im Westen NÖs ein. Es gebe dort vier hervorragende Landeskliniken: die Landeskliniken Amstetten, Scheibbs, Mauer und Waidhofen/Ybbs – und das alles in einem Radius von ca. 40 km.

In Waidhofen/Ybbs werde mit einem Investitionsvolumen von ca. 4 Mio. € eine hochmoderne Augenambulanz und eine Akutgeriatrie errichtet und er geht auf einige Details ein. Die Augenambulanz, die vor 15 – 20 Jahren mit einem kleinen Team geschaffen worden sei, habe eine gewaltige Expertise aufgebaut. Dieser Standort sei damit abgesichert und es wurde und werde auch bereits an der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter*innen gearbeitet.

Nach Dank an das gesamte Team des Landesklinikums weist er noch auf die unmittelbare Nachbarschaft des Klinikums zum Therapiezentrum Buchenbergheim hin. Auch dort werde massiv in den Standort investiert. Weiters werde auch das BBZ/Bildungs- und Beschäftigungszentrum neu errichtet. Somit werde mit diesen drei Einrichtungen der Standort Waidhofen gesichert und ein neues Gesundheitsquartier entstehe.

Dies sei der niederösterreichische Weg – gezielte Zukunftsinvestitionen in die Gesundheit und das vorausschauend. Am Schluss seiner Rede bedankt er sich noch bei LR Anton Kasser, der diesen Weg mit ihnen konsequent gehe.

**TO-Punkt 8: Antrag der Abgeordneten
Mag. Moser, MSc u.a. betreffend ver-
pflichtender Klimaausweis für öffentliche
Gebäude in Niederösterreich**

heit und Würde. Hinter diesem Antrag würden auch die Mitarbeiter*innen stehen, die diese Menschen Tag für Tag oft unter enorm schwierigen Bedingungen betreuen oder pflegen, es



Link zum [Antrag der Grünen](#); Link zum [ablehnenden Ausschussantrag](#)

Abg. Christoph Müller/Neos stimmt den Grünen zwar zu, dass nach dem vergangenen Hitzesommer mit Temperaturen von über 30°C in Patient*innenzimmern oder Schulklassen Maßnahmen dringend notwendig seien, meint jedoch, dass zusätzliche Bürokratie keinen dieser Räume kühlen würde. Ein Konzept würde keinen Sonnenschutz aufhängen oder Folien am Fenster anbringen, konkrete Investitionen würden das tun. Im Ausschuss hätten alle von der Gebäudeverwaltung gehört, welche Maßnahmen in den nächsten Jahren gesetzt werden sollten. Es brauche nicht mehr, sondern weniger Bürokratie.

Abg. Silvia Moser/Grüne hält fest, dass es bei diesem Antrag nicht primär um Gebäude gehe, sondern um Menschen, die auf Unterstützung angewiesen seien, die der Hitze nicht ausweichen könnten. Da gehe es um Gesund-

gehe um Wertschätzung für diese Menschen. Und hier mit Bürokratie zu argumentieren, finde sie zynisch und entbehrlich.

Die Abgeordnete berichtet dann von ihrer [Anfrage](#) an die zuständige Landesrätin, wie die nö. Pflegeheime auf Hitzeperioden vorbereitet seien. Die [Beantwortung](#) sei jedoch sehr allgemein gehalten.

Fazit: die Einrichtungen seien selbst verantwortlich, die Heimleitungen sollten reagieren und das Personal solle die Belastungen auffangen – beschatten, lüften und für genügend Flüssigkeitsaufnahme sorgen. Die Anfragebeantwortung halte ausdrücklich fest, dass es weder im NÖ Sozialhilfegesetz, noch in der NÖ Pflegeverordnung konkrete Regelungen zur maximalen Raumtemperatur und zum Hitzeschutz für Bewohner*innen oder Patient*innen gebe. Es gebe auch generell für öffentliche Gebäude keine verbindlichen landesweiten Mindeststandards, kein transparentes Monitoring, keinen klaren Maßnahmenplan bei Über-

schreitung von Temperaturgrenzen und keinen öffentlich nachvollziehbaren Sanierungsfahrplan für besonders hitzebelastete Standorte. Das sei eine massive Schutzlücke.

Bei Neubauten und größeren Renovierungen seien die Anforderungen an den sommerlichen Wärmeschutz – dem Schutz vor Überhitzung – vorgeschrieben und einzuhalten. Bei bestehenden Gebäuden gebe es das nicht und hier bestehe dringender Handlungsbedarf.

Auch für Arbeitsräume würden arbeitsrechtliche Vorgaben in der Arbeitsstättenverordnung gelten. Abhängig von der körperlichen Belastung würden die Temperaturwerte grundsätzlich bei 25°C, bzw. bei stärkerer Belastung bei 24°C liegen. Bei Überschreitungen müssten Maßnahmen zur Temperaturabsenkung gesetzt werden. Diese Maßnahmen würden aber nicht für bestehende Räume ausreichen. Für Menschen, die nicht selbst für sich sorgen können, fehle es an verbindlichen Standards für den laufenden Betrieb. Der Antrag der Grünen für einen verpflichtenden Klimaausweis würde dafür eine konkrete Lösung schaffen. Ein Klimaausweis solle zeigen, wie stark ein öffentliches Gebäude im Sommer belastet sei, solle dokumentieren, welche Beschattung, Kühlung, Lüftung und sonstige Maßnahmen vorhanden seien, es solle klare Hitzeschutzkonzepte, Temperaturmonitoring und Maßnahmen bei Überschreitung enthalten. Und es sollte verpflichtend sichtbar machen, welche Gebäude hitzegefährdet seien, welche Schutzmaßnahmen bestünden, wo sie fehlen, wo und bis dringend investiert und nachgerüstet werden müsse. Hitzeschutz sei keine Komfortfrage, Hitzeschutz sei Gesundheitsschutz, Arbeitnehmer*innenschutz und eine Frage der Menschenwürde.

Die Forderung nach einem Klimaausweis für öffentliche Gebäude klinge für **Abg. Kerstin Suchan-Mayr/SP** besonders im Zusammenhang mit der extremen Hitzeperiode der letzten Zeit gut. Auch im Ausschuss sei das Thema besprochen worden, es werde schon einiges getan und es gebe bereits einen Plan. Man müsse bedenken, dass es sich bei bestehenden Gebäuden oft um ältere Objekte handle

und die Forderung nach maximal zulässigen Temperaturen, passiver Kühlung etc. mit sehr hohen Kosten und aufwendigen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen verbunden seien. Die Abgeordnete gibt zu bedenken, wenn der Klimaausweis auch verpflichtend für (Landes-) Kindergärten und Schulen eingeführt werden solle, dies zusätzliche finanzielle und personelle Kosten und Aufwand für Gemeinden bedeuten würde, denn die Gebäude seien nicht im Eigentum des Landes, sondern im Eigentum der Gemeinden.

Abg. Suchan-Mayr appelliert an ihre Kolleg*innen, dass alle mehr tun müssten, um Hitzeeinseln in öffentlichen Räumen mit Entsiegelung, Baumpflanzungen, Beschattungen etc. entgegenzuwirken. Zusätzlich müssten die Naturflächen aufgewertet und den Bächen und Flüssen mehr Raum gegeben werden. Und sie wirbt bereits für den Antrag ihrer Fraktion für Renaturierung, denn der nächste heiße Sommer, der nächste Starkregen oder andere Wetterkapriolen würden sich nicht aufhalten lassen. Da würde auch kein Klimaausweis helfen, es müssten vielmehr die Landschaften so gestaltet werden, dass sie für Mensch, Tier und Natur lebenswerte Frei- und Schutzräume seien.

Wie schon einige seiner Vorredner*innen meint **Abg. Dieter Dorner/FP**, durch weitere Bürokratie, durch einen Klimaausweis für öffentliche Gebäude, würde kein einziger Raum auch nur um einen Grad kühler werden. Es gebe genügend baurechtliche Vorschriften, z.B. die Richtlinie 6 des österreichischen Instituts für Bautechnik, die Teil der NÖ Bauordnung ist, würden bereits Anforderungen an den sommerlichen Wärmeschutz enthalten. Und er wiederholt die bereits erwähnten Vorgaben für Neubauten bzw. Arbeitsstätten. Mit dem geforderten Klimaausweis würde eine zusätzliche Verwaltungsschiene entstehen. Das Geld solle besser in die konkreten Maßnahmen investiert werden als in die Dokumentation von Maßnahmen. Der Antrag verlange überdies Monitoring, laufende Dokumentation, Überprüfungen und eigene Maßnahmenpläne. Das alles müsse erstellt, verwaltet, kon-

trolliert und regelmäßig aktualisiert werden. Das bedeute Personalaufwand, Verwaltungskosten, Geld und Arbeitszeit, die für konkrete Verbesserungen in den Gebäuden zur Verfügung stehen könnten. Für ihn laute daher die zentrale Frage: wo gibt es tatsächlich ein Problem und welche konkrete Maßnahme löst dieses Problem. Die FPNÖ werde daher, wie im Ausschuss, dem Antrag nicht zustimmen, sondern den negativen Ausschussantrag unterstützen.

Als letzter Redner bei diesem Tagesordnungspunkt spricht **Abg. Franz Linsbauer/VP** und hält fest, dass der Schutz der Gesundheit und gute Arbeitsbedingungen für seine Fraktion außer Frage stünden. Aber er schließt sich der Argumentation seiner Vorredner*innen an, dass eine neuerliche bürokratische Hürde nicht zur Temperaturreduktion in den genannten öffentlichen Gebäuden beitragen würde. Er wolle nicht respektlos sein oder dies sarkastisch sagen, aber solch ein Klimaausweis würde keinen Raum auch nur um ein Zehntelgrad kühlen. Er fügt hinzu, dass in NÖ Hitzeschutz keineswegs bei Null beginne. Es gebe ein hervorragendes und praxiserprobtes Instrument, das sogenannte „[Pflichtenheft Energieeffizienz und Nachhaltigkeit für nö. Landesgebäude](#)“, wo auch konkret Temperaturüberschreitungen enthalten seien. Das Pflichtenheft sei keineswegs eine lose Empfehlung, sondern eine verbindliche Vorgabe für alle Neubau- und Sanierungsprojekte in NÖ.

Die Standards im Pflichtenheft würden auch regelmäßig evaluiert und an den Stand der Technik angepasst. Die Haltung seiner Fraktion sei daher klar: Hitzeschutz ja, zusätzliche Bürokratie nein. Seine Partei stehe für den Weg der Endbürokratisierung und wolle keinesfalls neue Parallelstrukturen und Dokumentationspflichten aufbauen - es gehe um Umsetzung von Projekten. Und der Abgeordnete weist auch auf den Gesundheitsplan 2040+ hin, in dem bei Sanierungen diese Maßnahmen berücksichtigt würden.

Verantwortliche in Kliniken oder Schulen hätten derartig viele Auflagen und Aufwendungen im bürokratischen Bereich, sodass eine zusätz-

liche Verordnung komplett destruktiv wäre. Seine Fraktion werde daher den vorliegenden Antrag der Grünen ablehnen.

Zusatzinformation

[Hohe Hitzebelastung: Jede fünfte Gesundheitseinrichtung betroffen | Gesundheit Österreich GmbH](#),

30.08.2026

[Heiße Schulen: „Hitzefrei“ in Österreich nicht vorgesehen - news.ORF.at](#), 24.06.2026

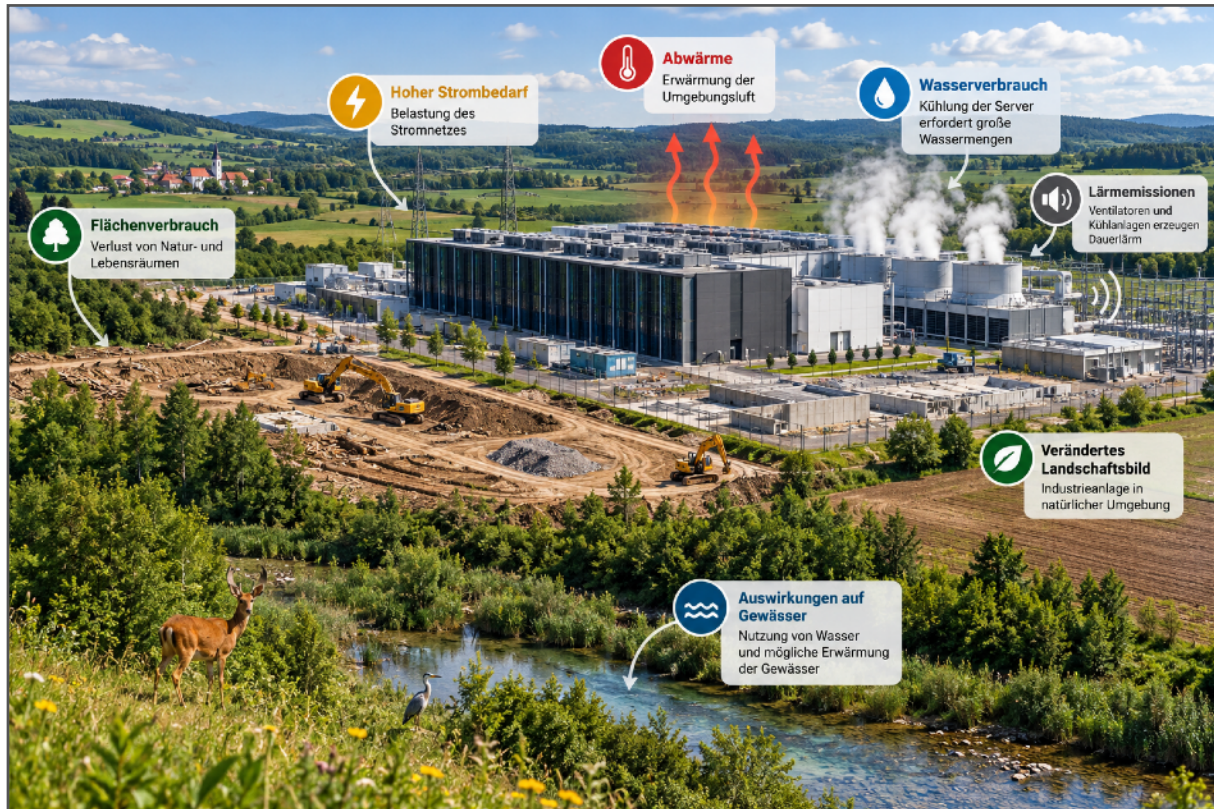
[Musterhitzeschutzplan-fuer-Schulen.pdf](#), Juni 2026

[Nationaler Hitzeschutzplan](#), Sozialministerium, Mai 2026

[Hitzeschutz in Gesundheitseinrichtungen und Sozialorganisationen](#), Sozialministerium, 04.06.2025

TO-Punkt 10: Antrag der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber u.a. betreffend Pflicht einer Umweltverträglichkeitsprüfung für Rechenzentren im UVP-G 2000 verankern

Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne verweist auf die in Begutachtung befindliche Novelle des Bundesgesetzes zur Umweltverträglichkeitsprüfung. Für sie sei die geplante Bundesrege-



Durch die selbstverständliche Nutzung der Künstlichen Intelligenz würden laut **Abg. Christoph Müller/Neos** Rechenzentren die Industrieanlagen der Zukunft sein. So seien in Niederösterreich schon sechs große Anlagen in Bau oder Planung und für 100 Projekte gebe es Anfragen. Für ihn seien Rechenzentren kein Nischenthema, schließlich würde eine Fläche von 50 Fußballfeldern versiegelt und der Stromverbrauch mit angenommenen 3.400 Megawatt das Doppelte des derzeitigen NÖ Jahresstrombedarfs ausmachen. Für **Abg. Müller** würde der Antrag der Grünen Genehmigungsverfahren endlos verzögern oder Projekte überhaupt unmöglich machen. Weiters stößt er sich an der Forderung der Grünen, Projektbetreiber sollten ihren Strom selber erzeugen. Für ihn sei mit der Landesstrategie für Rechenzentren und dem neuen Klimagesetz mit der UVP-Novelle ausreichend Rechtsklarheit geschaffen.

lung jedoch unzulänglich und die Grenze von 100 Megawatt viel zu hoch angesetzt. Sie befürchte daher, dass die globalen Player ordentlich verdienen würden, jedoch mit Kommunalsteuer und Wertschöpfung kaum etwas in der Region bliebe. Mit ihrer Forderung nach einer UVP würden sich die Grünen nicht dem technologischen Fortschritt verschließen, aber nicht einsehen, dass globale Player einfach im Eilverfahren Rechenzentren errichten, während es für Windkraft derzeit sieben bis zehn Jahre dauert.

Als wesentlicher Bestandteil der digitalen Infrastruktur brauchen Rechenzentren nach Meinung von **Abg. Christian Samwald/SP** entsprechende Rahmenbedingungen mit gewissen Auflagen, wie UVP-Verfahren. Im Hinblick auf die Errichtung von solchen Rechenzentren seien in den Kommunen dann vor allem die Bürgermeister mit den Fragen und Sorgen der Bevölkerung konfrontiert. Der gewaltige Be-

darf an Fläche, Wasser und Energie verlange daher eine umfassende Informationspflicht gegenüber den Menschen.

Laut **Abg. Dieter Dorner/FP** habe das Land schon am 11. September 2026 ein UVP-Verfahren für das Projekt in Leopoldsdorf vorge-schrieben, dennoch habe **Abg. Krismer-Huber** ein solches für die Errichtung dieses Rechen-zentrums noch gefordert. Mit einiger Span-nung warte er auf die Novelle des Bundes.

Eine eigene Kategorie „Rechenzentrum“ brau-che es nach Meinung von **Abg. Christoph Kaufmann/VP** nicht. Rechenzentren seien die Grundversorgung der digitalen Wirtschaft und Niederösterreich habe als einziges Bundes-land schon jetzt eine Rechenzentren-Strategie verabschiedet.

Leo-poldsdorf sei für ihn der praktische Beweis, dass das UVP-Gesetz jetzt schon funktioniere und Stromverbrauch, Wasserbedarf, Flächen-widmung durch Einzelgenehmigungen und Raumordnung abgedeckt würden. Niederös-terreich setze schon mit klaren Kriterien auf nachhaltige Kühlkonzepte, auf Abwärmenut-zung und auf erneuerbare Energie. Seiner Meinung nach brauche es keine unnötigen Hürden, die Investitionen nur verhindern.

Es sei Das erklärte Ziel sei, dort Rechenzentren zu ermöglichen, wo Raumordnung und Infra-struktur dies sinnvoll zuließen, denn das sei verantwortungsvolle Standortpolitik. Da Euro-pa im globalen Wettbewerb stehe, habe nach Meinung von **Abg. Kaufmann**, Niederöster-reich die Chance, ein zentraler Standort die-ser digitalen Infrastruktur zu werden.

Anmerkung / #zusammenhaltNÖ zum Abstimmungsergebnis: Entgegen der Angabe in der NÖ Landeskorespondenz - Landtag aktuell wurde der ablehnende Ausschuss-Antrag nicht einstimmig an-genommen, sondern von den Grünen ab-gelehnt.

Zusatzinformation

[Österreich: UVP-Pflicht für Rechenzentren ab 100 Megawatt geplant](#), 23.09.2026

[WWF zur UVP-Novelle: Umweltprüfung für Rechenzentren muss strenger werden - WWF](#)

[Österreich](#), 21.09.2026

[Österreich: UVP-Pflicht für Rechenzentren ab 100 Megawatt](#), Börseexpress, 21.09.2026

Quellen für diese Ausgabe der IMPRESSIONEN

- Analyse der Videobeiträge der LT-Sitzung
- div. Medienberichte
- Fotos: Quelle: pixabay, KI

Nachzuhören: Gesamtvideo der Landtagssitzung

[42. Landtagssitzung – 24.09.2026 \(XX. GP\) – NÖ Landtag](#)

Nachzulesen:

[Niederösterreichische Landeskorrespondenz - Landtag aktuell, 24.09.2026](#)

**Nächste Landtagssitzung:
Do., 22. Oktober 2026, 13 Uhr
Leopoldsaal, Haus 1A**

20 Plätze für Besucher*innen, Platzreservierung jedoch nicht möglich.

Siehe: https://www.noe.gv.at/noe/Schlusseluebergabe_fuer_Ausweichquartier_des_NOe_Landtag.html